

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Streik in Leipzig und Halle a. d. S. / Zugunb unbedingb fernhalten!

Die Zuwanderung nach den Orten, die eben erst ihre Lohnbewegung beendeten, hat vorläufig gleichfalls noch zu unterbleiben!

Kapitalistische Schmarotzerpflanzen.

Bekanntlich finden wir überall in der belebten Natur Lebewesen, die sich nicht durch eigene Kraft ernähren, sondern ihre Nahrung dadurch gewinnen, daß sie fremde Lebewesen ausaugen. Diese Schmarotzer beobachten wir an Pflanzen, Tieren und Menschen, und alle Organismen führen einen fortwährenden erbitterten Kampf gegen ihre Blutsauger. Es ist nun eine eigenartige, naturwissenschaftliche Beobachtung, daß ein gesunder Organismus wenig oder gar nicht von diesen schmarotzenden Elementen bekräftigt wird, weil er sich ihrer leicht erwehren kann, aber überall, wo sich etwas Krankhaftes, Schwächliches zeigt, nisten sie sich ein und mästen sich von den ungesunden Säften. In faulenden Wunden und stinkenden Eiterbeulen frisst sich das widrige Geschmeiß fest, und wo es Unrat verspürt, da haut es sein ekles Nest. Deshalb ist der Schmarotzer auch das erbärmlichste, verachtete Wesen unter allen, und der Gesunde blickt mit Abscheu auf sein Treiben.

Auch in dem sozialen Organismus, in dem menschlichen Zusammenleben und Zusammenarbeiten, macht sich das Schmarotzertum unliebsam bemerkbar. Wohl keine Menschengruppe ist frei von diesem Gesindel, aber dort tritt es am unberschämtesten und frechsten zutage, wo es verfaulende Zustände entdeckt, wo es Modergeruch wittert. Und da darf es uns denn nicht wundern, daß gerade in der kapitalistischen Gesellschaft das Schmarotzertum sich breit macht. Wer möchte es leugnen, daß der Kapitalismus gleich einem morschen Baume oder einem kranken Körper zahlreichen Elementen Unterschlupf und Niststätte bietet, die, anstatt die eigenen Hände zu regen, wie Blutegel und Wanzen sich von fremdem Blute nähren. Dieses Schmarotzen empfindet ein vom modernen Sozialismus berührter Mensch als das schlimmste Schuldbonto des Kapitalismus.

Ohne Zweifel gibt es unter den Schmarotzerpflanzen, die in den Eiterbeulen und faulen Wunden des Kapitalismus ihr Unwesen treiben, zahlreiche Spielarten, und es dürfte einen Soziologen wohl reizen, einmal ihre Naturgeschichte zu schreiben. Heute aber wollen wir uns eine besondere, aber vielleicht die widerlichste Art herausgreifen und unsern Lesern vorführen. Es sind dies jene Menschen, die ihrer Klassenlage nach dem Proletariat angehören, sich aber aus Schlechtigkeit oder Spekulation zu Soldknechten der Kapitalisten entwürdigen. Diese Leute, die zu faul oder zu feige sind, um ihre Kräfte anzuspannen und sich im Verein mit ihren Klassengenossen eine bessere Zukunft zu erkämpfen, erblicken ihren Vorteil darin, sich mit Leib und Seele dem Kapitalismus zu verschreiben und in teuflischer Bosheit die grünen Pflanzensaat ihrer Arbeitsbrüder zu zertreten.

Unjere Leser kennen dies charakterlose Gesindel, das in allen Farben schillert, das wie Aasvögel aus jedem Kehrichthaufen seine Nahrung pikt. Gegen diese Menschenhaltung richtet sich, wie gegen keine andere, der Haß und die Verachtung der kämpfenden Proletarier. Daraus erklären sich auch die ununterbrochenen Reibungen und Kämpfe zwischen ehrlichen Arbeitern und diesen Schmarotzerpflanzen.

Bei Gelegenheit der Reichstagswahlbewegung zeigten sich diese Heiden wieder einmal in ihrer ganzen Glorie. Während die denkende, vorwärtsstrebende Arbeiterschaft sich rüfete, um der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen — und wie herrlich ist dieser Sieg ausgefallen —, mühten

sich diese Ausharbeiter ab, für das Ausbeutertum die Bahn freizumachen. Als Schutzhüter der Kapitalisten suchten sie ihre Stärke darin, der Sozialdemokratie Selsuftritte zu verfehen. In einem der Flugblätter, das diese Hyänen des Schlachtfeldes mit kapitalistischem Gelde in die Welt gesetzt haben, bestreiten sie zunächst, daß die Sozialdemokratie überhaupt eine Arbeiterpartei sei. „In Deutschland insgesamt sind es mindestens ein und eine halbe Million nationalgesinnter Arbeiter, die sich gegen die drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen bewußt und absichtlich zur eigenen Vertretung ihrer Interessen in den verschiedensten Vereinigungen organisiert haben. Auch die rund drei Millionen sozialdemokratischer Reichstagswähler sind keineswegs nur Arbeiterstimmen, noch weniger aber überzeugte Sozialdemokraten. Eine riesengroße Anzahl sozialdemokratischer Wähler bilden (außer den Mitläufern) aber auch diejenigen vom Arbeiterstande abhängigen oder ihm angehörigen Elemente, die zwar gegen ihre Ueberzeugung stimmen, aber aus Furcht vor wirtschaftlichen Schädigungen nicht gegen den sozialdemokratischen Strom schwimmen können. Aus den dargelegten Verhältnissen ist daher die weitverbreitete Ansicht grundfalsch, daß die Arbeiterschaft geschlossen hinter der Sozialdemokratie stehe, oder daß die Sozialdemokratie die Partei der Arbeiter sei, oder auch nur, daß sie die Interessen der Arbeiterschaft wirksam vertritt. Nichts törichter als diese Meinung! Die deutsche Arbeiterschaft verwahrt sich zum großen Teile entschieden dagegen, mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen zu werden. Die anderthalb Millionen organisierter nationalgesinnter Arbeiter vertreten nicht den Klassenkampfstandpunkt!“

Es gehört schon eine ziemliche Portion Frechheit und Verlogenheit dazu, um die Behauptung aufzustellen, daß die sozialdemokratische Stimmenzahl bei der geheimen Stimmabgabe durch wirtschaftlichen Druck zustande komme. Jeder Kenner weiß, daß dieser Druck ganz anderswo ausgeübt wird, auf den selbstbischen Rittergütern zum Beispiel und überall dort, wo eine rückwärtige, abhängige Arbeiterschaft einem rücksichtslosen Ausbeutertum gegenübersteht. Aber der arme Tropf, der sich mit seinen Gesinnungsgenossen krampfhaft dagegen verwahrt, Sozialdemokrat zu sein, hat den Schmerz erleben müssen, daß diese verhasste Partei eine Zunahme von einer Million Stimmen zu verzeichnen hat und auf 4½ Millionen angewachsen ist. Und wenn er den Umstand, daß mehrere sozialdemokratische Führer nicht aus dem eigentlichen Arbeiterstande hervorgegangen sind, gegen die Sozialdemokratie ausspielt, so verschweigt er geflissentlich, daß das kämpfende Proletariat sich seine Führer immer mehr selbst heranzieht.

Sodann wendet sich das Flugblatt gegen die „Anmaßungen und Rügen der Sozialdemokratie, die die Arbeiterinteressen geradezu mit Füßen tritt. Als Partei der Freiheit provoziert sie geradezu Ausnahmegeetze gegen die Arbeiterschaft, übt sie schändlichsten Gewissenszwang und schmächtigste Knechtung durch Schikanen, wirtschaftliche Drohungen usw. Als Partei der Gleichheit übt sie mit ihren vergötterten Parteigrößen einen geradezu widerlichen Personenkultus und zählt vielen reichen Parteiführern große Gehälter, während manch armer Parteigenosse in gutmütiger Leichtgläubigkeit seine letzten Groschen opfert. Die Partei der Brüderlichkeit macht dem Arbeiterstande eine friedliche Verständigung mit den andern Ständen des deutschen Volkes unmöglich. Sie verheßt die Arbeiter, ohne

infolge der ihrer stets verneinenden Haltung zur Hebung des Arbeiterstandes durch ihre politische Organisation etwas beitragen zu können. Vor allem aber ist es das Verhalten der Sozialdemokratie in der sozialen Frage, das sie als eine direkt arbeiterfeindliche Partei charakterisiert. Nicht die Heilung sozialer Schäden, sondern die Aufreizung der Massen zur Unzufriedenheit ist ihr Ziel.“ Auch die unbedeutende, antinationale Gefinnung wird der Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht. Sie wolle das Vaterland wehrlos machen und den Feinden ausliefern.

Für einen Kenner hat dies sinnlose, verlogene Geschwätz keine Bedeutung, denn er weiß ganz genau, was damit bezweckt werden soll. Die Hintermänner des Flugblattes wollen sich bei ihren Aushältern in empfindliche Erinnerung bringen. Darum produzieren sie sich als nationalgesinnte, zufriedene, kapitalistenfromme Arbeiter und winseln geradezu um die Huld des Scharfmachertums. Auch ihnen gegenüber könnte man mit dem biederen Mecklenburger Ontel Bräsig das Volkslied zitieren: „Nachtigall, ich seh dich laufen, aus dem Wächlein willst du faulen!“ Sie wollen schmarotzern, diese erbärmlichen Kerle, und darum bewerfen sie ihre eigenen Klassengenossen mit Schmutz. Während das kämpfende Proletariat im Vertrauen auf seine Kraft sich ein menschenwürdiges Dasein zu erringen strebt, suchen jene Leute im trüben zu fischen, während das Klassenbewußte Proletariat auf Gnade und Wohlthaten verzichtet und sein gutes Recht fordert, hoffen jene durch Schmeicheln und Betteln persönliche Vorteile zu erlangen.

Haben wir da wohl Unrecht, wenn wir sagen: „Unter allen kapitalistischen Schmarotzern ist diese Spielart die allererbärmlichste“, und wenn wir diese Schmarotzer aus der Arbeiterklasse am schärfsten befehen? Es gibt fürwahr nichts, das so traurig und gleichzeitig so ekelhaft wäre, als der Anblick von Proletariern, die um einen Judaslohn ihre Brüder verraten. Und wenn sich diese Leute noch obendrein als Heiden aufspielen, so ist es Pflicht, ihnen die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen und sie in ihrer wahren Gestalt zu zeigen.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

An der Statistik über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden beteiligten sich im ersten Vierteljahr 1912 insgesamt 50 Verbände mit 1 965 546 Mitgliedern, von denen über 1 919 012 Berichte vorlagen. Als arbeitslos am Ort wurden zu Ende der letzten Woche des Monats März 27 146, auf der Reise befindlich 3375, zusammen 30 521 Personen = 1,6 vom Hundert der Mitglieder gemeldet. Am Schluffe der letzten Woche des Monats Februar stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 45 850 und 3420, zu Ende der letzten Woche im Januar auf 53 577 und 3224. Die daraus sich ergebenden Verhältniszahlen sind 2,6 und 2,9. Gegenüber den Vorjahren ist die Arbeitslosigkeit erheblich zurückgegangen. Die Abnahme ist jedoch nicht gleichmäßig aufgetreten, wie eine Betrachtung der einzelnen Verbände ergibt. Mit einer Arbeitslosenziffer von über 3 pZt. erscheinen zu Ende des Monats März 10 Verbände mit 82 040 Mitgliedern, das sind 4,2 vom Hundert. Unter diesen 10 Verbänden befindet sich auch der unserige. Unser Verband hatte Ende März 6,2 pZt. Arbeitslose gegen 5,7 pZt. zu derselben Zeit des Vorjahres und 7,5 pZt. im Monat Februar dieses Jahres. Die Arbeitslosigkeit war also gegenüber dem Vormonat geringer, gegen das Vorjahr größer. Bei den weiblichen Mitgliedern unseres Verbandes kamen auf je 100 Mitglieder im März 0,6 Arbeitslose gegen 0,7 im Vorjahr und 2,8 im Februar. Zu einem genauen Einblick in den Stand der Arbeitslosigkeit gehört eine Darstellung der Fälle von Arbeits-

losigkeit und der Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Verhältniszahl der Arbeitslosenfälle stellt sich — für alle Verbände — im Durchschnitt auf 9,0. Dieser Durchschnittszahl bemerkt sich auf der mittleren Linie, die seit Vornahme der Zahlungen festgelegt wurde. Mit Rücksicht auf die Veränderungen in den Verbänden sind für eine Vergleichung mit den Vorjahren die gleichen Verbände zusammenzustellen. Diese Zusammenstellung ergibt einen Durchschnittszahl von 9,5 pZt. Arbeitslosenfällen gegen 9,9 pZt. im Vorjahr. Der Durchschnitt wird von 21 Verbänden mit 654 654 Mitgliedern = 33,3 pZt. überschritten. Unter diesen Verbänden befindet sich auch der unserige mit 19,1 pZt. Arbeitslosenfällen gegen 20,0 pZt. im ersten Vierteljahr 1911 und 21,1 pZt. im vierten Vierteljahr 1911. Sowohl gegen das Parallelquartal des Vorjahres als das dem Berichtsquartal vorangegangene Vierteljahr ist für unsere Mitglieder also ein Rückgang der Arbeitslosenfälle eingetreten.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage im Berichtsjahr betrug bei sämtlichen Mitgliedern aller Verbände 2 891 977. Davon sind 133 188 Reisetage. Gemeldet wurden 172 587 Arbeitslosenfälle am Ort, die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeit betrug also 16 Tage. Bei unseren Mitgliedern war die Dauer der Arbeitslosigkeit kürzer als im Vorjahr. Im ersten Vierteljahr 1911 war jeder im Durchschnitt 18 Tage arbeitslos, im Berichtsquartal betrug die Durchschnittsdauer eines Arbeitslosenfalles nur 13 Tage.

Die gesamte Unterstützungsleistung der berichtenden Verbände belief sich im Berichtsquartal auf M 2 387 452,

das sind M 87 787 mehr als im Vorjahr und M 853 563 mehr als im vierten Vierteljahr 1911. Die durchschnittliche Unterstützungssumme, berechnet auf den Kopf der unterstützten Personen (am Ort) betrug bei den gleichen Verbänden M 24,43 gegen M 24,06 im ersten Vierteljahr 1911. Unser Verband hatte 4421 Fälle von Arbeitslosigkeit; am letzten Tage des Quartals waren arbeitslos gemeldet am Ort 1572, auf der Reise 47. An 1437 Personen kamen für 27 273 Unterstützungstage M 31 545 Ortsunterstützung und an 193 Personen kamen für 1243 Tage M 1455 Reiseunterstützung zur Auszahlung. Die Unterstützungsleistung unseres Verbandes an Arbeitslose im ersten Vierteljahr 1912 betrug also rund M 33 000.

Die Entwicklung unseres Verbandes im ersten Quartal 1912.

Das erste Quartal 1912 brachte unsere Organisation wieder ein gutes Stück vorwärts. Gegen das erste Quartal im Vorjahre haben wir ein Mehr von 36 695 Beiträgen zu verzeichnen. Wenn auch die Zahl der Neuaufnahmen um 529 geringer ist als im Vorjahre, so ist das doch leicht erklärlich, da größere Lohnbewegungen wie in Berlin und Hamburg in diesem Jahre nicht zu verzeichnen waren und diese uns bekanntlich immer eine größere Anzahl Neuaufnahmen bringen. Wir hatten im ersten Quartal 1911 4022 Aufnahmen und 238 509 Beiträge zu verzeichnen, in

diesem ersten Quartal 3493 Aufnahmen und 275 204 Beiträge. Gegen das vierte Quartal 1911 ist, wie alljährlich, ein Rückgang der Beiträge zu verzeichnen, eine Erscheinung, die stets wiederkehrt, weil am Jahreschlusse von seiten der Zahlstellen alles aufgeboten wird, um die restierenden Beiträge einzulassen.

Aber auch die durchschnittliche Zahl der Beiträge und Aufnahmen von 1911 ergibt eine höhere Durchschnittsziffer als die der vergangenen Jahre, ein Beweis, daß die Mitgliederzahl immer stabiler wird und das Gros treu zur Organisation hält. Die Durchschnittsziffer an sich ergibt eine höhere Zahl von Beiträgen als in Wirklichkeit 1911 umgesetzt wurden. Das hat seinen Grund in dem Eingehen der Zahlstellen Deggendorf und Marburg im Monat Juni und Errichtung der Zahlstelle Spremberg im März. Gegen den Durchschnitt von 1910 haben wir ein Mehr von 1309 Aufnahmen und 45 565 Beiträgen zu verzeichnen.

Wie aus nebenstehender Tabelle ersichtlich, haben 14 Bezirke und zwar: Danzig, Breslau, Magdeburg, Lübeck, Chemnitz, Erfurt, Herford, Köln, Wiesbaden, Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart, Nürnberg, München und die Auslandszahlstelle London ein Mehr von Aufnahmen zu verzeichnen, während 12 Bezirke: Berlin, Hannover, Hamburg, Kiel, Bremen, Leipzig, Dresden, Halle, Essen, Frankfurt a. M., Mannheim, Regensburg und die Einzelzahler ein Minus von Aufnahmen aufweisen. An dem Mehr der

Table with columns for Bezirke, years 1908-1912, and sub-columns for Aufn. and Beitr. (Aufnahmen and Beiträge).

verkauften Beiträge partizipieren fast alle Bezirke mit Ausnahme von Danzig, Mannheim, Karlsruhe, Nürnberg, Regensburg und die Einzelzahler. Mit Ausnahme von Danzig, wo der Rückgang minimal ist, sind es zumeist süddeutsche Bezirke, in denen ein Minus an Beiträgen eintrat. Wo hier Besserung einzusetzen hat, wird Sache der zuständigen Bezirksleiter sein. Das Minus der Einzelzahler erklärt sich durch die Errichtung des Bezirks Erfurt, wo eine ganze Anzahl Mitglieder, die früher der Hauptkassse als Einzelzahler angehörten, der Zahlstelle des Bezirksvororts angegliedert worden sind.

Zahlen beweisen, sagt man immer. Unsere Gegner werden wohl nun endlich erkennen, daß unsere Organisation vorwärts marschiert. Pflicht aller Vertrauensleute und Funktionäre muß es jedoch sein, alle durch den Quartalsbericht noch zutage tretenden Schwächen der Organisation auszumergen, überall die bessernde Hand anzulegen, damit wir über die kommenden Quartale noch besser berichten können!

Zum Streik in Leipzig.

Den Machern der Leipziger Bäckereinnung und den Herren von den sechs Vergnügungsvereinen ist ein Plakat der Streikleitung so in die Glieder gefahren, daß sie die Sprache vollständig verloren haben. Das Plakat hatte folgenden Wortlaut:

Einen gelungenen Wit

hat sich die Leitung der Leipziger Bäckereinnung an den Plakatsäulen geleistet, indem sie das Bestehen eines Bäckergesellenstreiks als eine grobe Unwahrheit bezeichnet und dabei erklärt, daß es weder einen Streik noch einen Streikbrecher gegeben habe.

Der selbe Innungspräsident hatte sich am 16. Mai zu dieser Weisheit noch nicht aufgeschwungen, denn er behauptete dort in seinen Annoncen in der Tagespresse, daß nur circa 300 Bäckergesellen in der Streikversammlung der Gesellen gewesen seien.

Wir richten nun die folgenden öffentlichen Anfragen an die Leitung der Leipziger Bäckereinnung:

1. Womit wollen Sie beweisen, daß in der Streikversammlung am 14. Mai nicht 419 Gesellen für den Streik und 8 gegen den Streik gestimmt haben?
 2. Womit wollen Sie beweisen, daß nicht 336 Gesellen in den Streik eingetreten sind?
 3. Bestehen in Leipzig keine Bäckereien mit ungenügend großen, schlecht gelüfteten und verschmutzten Arbeitsräumen für die Gesellen?
 4. Bekamen die Gesellen bisher von ihrem Meister überall gute und auskömmliche Kost?
 5. Standen den Gesellen in allen Bäckereien stets reinliche und saubere Wohn- und Schlafräume zur Verfügung?
 6. Kam es nicht in vielen Bäckereien vor, daß beim Wechsel der Gesellen diese sich in (nicht frisch überzogene) Betten legen mußten, wie sie ihre Vorgänger verlassen hatten?
 7. Will die Leipziger Innungsleitung noch behaupten, daß die Forderung nach Kost- und Logisbeseitigung von den Leipziger Bäckern nicht allgemein bewilligt werden könnte, nachdem feststeht, daß in ganz Deutschland 17 041 Bäcker- und Konditorgehilfen nach Tarif arbeiten, welche Kost und Logis beim Meister abschließen, nachdem selbst in Leipzig 650 Gesellen — also mehr als die Hälfte der in Leipzig überhaupt beschäftigten — in mehr als 300 geregelten Bäckereien zu den geforderten Bedingungen arbeiten?
- Die Innungsleitung, welche einen Bäckersstreik ableugnet, aber trotzdem ihr Plakat mit Bäckersstreik tituliert, wird um wahrheitsgemäße Beantwortung dieser Fragen gebeten.

Die Lohnkommission der Bäckergesellen von Leipzig und Umgegend.

Die Herrschaften kamen jedenfalls zu der Einsicht: Geben wir darauf eine Antwort, dann tritt die Streikleitung mit Tatsachenmaterial gegen uns auf und wir sind die Blamierten, antworten wir nicht, dann kann uns auch nichts anderes passieren, als daß wir gehörig blamiert sind, aber wir sparen uns eine schwere geistige Anstrengung. So hüllten sich die Herrschaften vollständig in Schweigen und alle Versuche unserer Lohnkommission, die Herren aus ihrer Schweigsamkeit noch einmal aufzuscheuchen, waren vergeblich.

Auch der Abhaltung einer Innungsversammlung ist die Innungsleitung während des ganzen Kampfes aus dem Wege gegangen. Was Wunder, daß verschiedene Bäckereimeister beim Ueberbringen ihrer Bewilligung der Forderungen daraufhin spöttisch meinten: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß.“

Die Streikleitung konnte feststellen, daß außer den als geregelt bekannt gegebenen 347 Bäckereien, in welchen infolge der 200 Konsum- und Brotfabrikbäcker 710 Kollegen zu den geforderten oder besseren Bedingungen arbeiten, weitere 34 Bäckereimeister ihre Gesellen außer Kost und Logis gegeben haben und die Forderungen auch sonst erfüllen. Aber die Herren weigern sich, offiziell durch Unterschrift die Bewilligung der Forderungen anzuerkennen, weil das größtenteils ihre Scharfmacherehre nicht zuläßt; immerhin glauben sie, damit ihre Kundtschaft dadurch zufriedenzustellen, daß sie derselben vorführen können, sie erfüllen in ihren Betrieben die geforderten Bedingungen. Bei der Auszahlung der Streikunterstützung für die zweite Streikwoche am 29. Mai waren noch 68 Streikende vorhanden. Der Kampf ist also für uns als gewonnen zu betrachten, und es handelt sich nun darum, die Errungenschaften zu beseitigen und noch weitere Arbeitgeber zur Bewilligung der Forderungen zu bewegen.

Am 29. Mai erstattete Allmann über den guten Stand des Kampfes und die erfreuliche Wirkung des Boykotts in einer Sitzung der Funktionäre der organisierten Arbeiterschaft Leipzigs Bericht. Allseitig gab man seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck, daß der Kampf so gut gewirkt habe. Während bisher alle Flugblätter durch die Streikenden und die Kollegen, welche in den Großbetrieben oder geregelten Kleinbetrieben arbeiten, an die Bevölkerung ver-

breitet worden waren, beschloß in dieser Sitzung die Leitung der organisierten Arbeiterschaft, nunmehr noch ein ausführlich gehaltenes Flugblatt über den Kampf durch die Genossen in allen Haushaltungen zu verbreiten. Das ist am Sonnabend, 1. Juni, geschehen und es wird mit dazu beitragen, daß die boykottierten Bäckereimeister erneut zu spüren bekommen, daß der Kampf noch lange nicht abflaut.

Jedenfalls dürften die nächsten Tage sich noch eine weitere Anzahl von Bäckereimeistern zur Bewilligung der Forderungen bequemen.

Der Zugzug ist auch weiter nach Leipzig fernzuhalten.

Zum Magdeburger Streik.

Daß die Hauptforderung in unserm gegenwärtigen Kampf, die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, unaufhaltsam ist, wird dadurch bewiesen, daß außer den zurzeit tariflich geregelten Betrieben, wo der Kost- und Logiszwang beseitigt ist, noch eine ganz erhebliche Anzahl von Bäckereien zu verzeichnen sind, die ihn nunmehr ganz oder wenigstens für einen oder zwei der beschäftigten Gesellen abgeschafft haben. Nur die in Magdeburg geradezu schreckliche Furcht vor den drohenden „Ordnungsstrafen“ hält eine ganz erhebliche Anzahl von Bäckereimeistern ab, den Tarifvertrag unterschriftlich anzuerkennen. Die Wirkung des Boykotts ist in einzelnen Bezirken eine fürchterliche; verschiedene Betriebe haben einen Rückgang von fast vier Fünfteln ihres Umsatzes zu verzeichnen, wagen es aber wegen des unerhörten Terrorismus der Innung trotzdem nicht, zu bewilligen. Im Laufe der letzten Tage haben in den verschiedensten Stadtbezirken vier Konsumentenversammlungen stattgefunden, die alle einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatten. In allen Versammlungen sprach der Kollege Maché über die Ursachen des Kampfes und charakterisierte ganz besonders das auch im Interesse der Volksgesundheit fluchwürdige System des Kost- und Logiszwanges. Überall wurde nach lebhaften zustimmenden Debatten den Bäckern kräftigste Unterstützung zugesichert.

Auch die Polizei glaubt jetzt notwendig zu haben, in den Kampf eingreifen zu müssen. Natürlich, wie es bei der preußischen Polizei nicht anders zu erwarten ist, nur im Interesse des gefährdeten Unternehmerprofits. Gegen einen Bäckereimeister war ein besonderes Flugblatt herausgegeben worden, in dem ganz besonders die Neuzerungen, die er Parteifunktionären gegenüber gebraucht hatte, wiedergegeben waren. Auf Wunsch irgend einer Seite wurde bei dem als Verleger zeichnenden Genossen in dem betreffenden Wahlbezirk gehäusucht und ein Kriminalkommissar und zwei Schulleute hatten diese staatsrechtliche Arbeit zu leisten. Als Siegestrophäe konnten sie 42 Flugblätter nach dem Polizeipräsidium bringen. In derselben Stunde aber, als die Beamten sich im Schweize ihres Angesichts abmühten, das kostbare Gut zu finden, huschten fleißige Genossen treppauf, treppab an ihnen vorüber, um die andern 800 Flugblätter zu verbreiten. Die Folge dieser Polizeiaktion war eine geradezu glänzende Demonstrationsversammlung, in welcher Maché unter stürmischen Beifall mit den arbeiterfeindlichen Scharfmacherischen Bäckereimeistern und deren polizeilichen Helfershelfern scharfe Abrechnung hielt. Ferner erkannte er in Frage kommende Bäckereimeister bald unterschriftlich den Vertrag an. Hoffentlich ist die Polizei auch fernerhin noch so liebenswürdig, uns in der Führung des Boykotts so fruchtbar zu unterstützen.

Am 31. Mai fand nunmehr eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Bericht über den Stand des Streiks und Boykotts“ statt. Kollege Maché ging noch einmal auf die ganze Geschichte der Bewegung ausführlich ein. Wenn auch bei den eigenartigen Verhältnissen und dem ungläublichen Terrorismus der Innung gegen die bewilligenden Meister ein durchgreifender Erfolg nicht erzielt werden konnte, so war es immerhin möglich, die Zahl der tariflich geregelten Bäckereien auf 46 zu steigern. Es ist weiter in sehr erfreulichem Maße möglich gewesen, auch die Zahl derjenigen Betriebe (außer den obengenannten 46), die den Kost- und Logiszwang beseitigt haben, es nur nicht unterschriftlich anerkannten, zu steigern, und damit ist diesem unwürdigen Entlohnungssystem ein weiterer Stoß versetzt worden. Maché sprach ferner noch über die Lehren, die wir aus dem Kampfe zu ziehen haben und daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, auch in der Gesamtarbeiterbewegung, die uns nach vollsten Kräften unterstützt hat, voll und ganz unsere Schuldigkeit zu tun. In der außerordentlich lebhaften Diskussion wurde die von der Streikleitung eingeschlagene Taktik, wie deren Tätigkeit überhaupt einmütig anerkannt.

Ein daraufhin gestellter Antrag, den Streik abzubrechen, wurde gegen nur 14 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen, also fast einmütig, in geheimer Abstimmung angenommen.

Nach der Bekanntgabe des Resultats der Abstimmung richtete Maché nochmals die beherzigenswerte Mahnung an die Versammlung, unermüdet weiterzuarbeiten für die Organisation, um die Stunde des endgültigen Sieges vorzubereiten. Mit einem brausenden Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Streik der Bäcker in Halle a. d. S.

Alle Versuche der Bäckereimeister von Halle, durch plumpe Schwindelmanöver in der bürgerlichen Presse die Bäckergesellen zu zersplintern, haben nichts genützt; auf Veranlassung unserer Organisation mußte diese Presse sofort die Berichtigung bringen, daß die Bäckereinnung gar nicht daran denke, die Forderung, den Kost- und Logiszwang im Hause des Meisters zu beseitigen, zu bewilligen. Die Innung will lediglich M 8 Mindestwochenlohn bewilligen, eine „Forderung“, welche die Gesellen gar nicht aufgestellt hatten.

Am 30. Mai fand eine von 98 Gesellen besuchte Versammlung statt, in welcher der Kollege Allmann berichtete, daß bereits in 18 geregelten Betrieben 84 Gesellen zu den geforderten oder, wie in den tarifreuen Großbäckereien, zu noch besseren Bedingungen arbeiten. Redner gab der

Meinung Ausdruck, daß dadurch der Kampf unter sehr günstigen Verhältnissen beginne, und hob hervor, daß noch eine ganze Anzahl von Kleinmeistern ihre Bereitwilligkeit zum Bewilligen der Forderungen erklärt haben, daß aber keiner von ihnen der erste sein wollte. Er verlas auch ein lautes, ziemlich lunterbuntes Schreiben des Bäckereimeisters Ferd. Stein, Landsberger Straße 53, worin dieser Herr der Befürchtung Ausdruck gab, daß die Bäckergesellen keine Logis finden würden. Herr Stein verlangte zum Schluß von den Gesellen, nicht die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges zu fordern, sondern die Beseitigung der Nacharbeit und die hohen Rabattsätze der Bäckereimeister und Lebkuchenfabrikanten zu erniedrigen. Allmann mußte natürlich erklären, daß die Regelung der geschäftlichen Verhältnisse Sache der Korporationen der Arbeitgeber sei und insfolgedessen Herr Stein mit seiner Epistel sich an die verkehrte Adresse gewandt hätte. Viel belacht wurde die Wendung im Briefe des Herrn Stein, die Angehörigen des Bäckerberufes gehörten zum Rabengeschlecht.

Nachdem noch Kollege Friedrich und einige andere Redner die Situation dahin gekennzeichnet hatten, daß jetzt gar nichts anderes übrig bleibe, als die prozigen Probationen der Innungsleitung mit der sofortigen Arbeitsniederlegung zu beantworten, wurde in geheimer Abstimmung mit 80 gegen 10 Stimmen, bei 8 Stimmenthaltungen, die sofortige Arbeitsniederlegung beschlossen. Die Bekanntgabe dieses Beschlusses wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Die in den geregelten Betrieben arbeitenden Gesellen gingen darauf wieder an ihre Arbeit, während die in den Streik eintretenden ihre Legitimationen ausgestellt bekamen.

Gleich am ersten Streiktag abends wurden, als die Gesellen nicht zur Arbeit erschienen, die Mitglieder der Lohnkommission zu verschiedenen Meistern gerufen, welche fast alle erklärten, daß sie mit dem Standpunkt der Innungsleitung nicht einverstanden seien und sich mit der Streikleitung einigen wollten. Eine ganze Anzahl Innungsmeister war gerade zu einer Festlichkeit im Anschluß an den Bezirkstag der Bäckereinnungen auf der Rabeninsel beisammen, als sie von der Nachricht übertraf wurden, daß die Gesellen den Streik beschlossen hätten. Viele von ihnen machten ein nicht gerade geistreiches Gesicht, als sie den Ausbruch des Kampfes erfahren, und die erste Nacht quälte sich manches runde Bäckereimeisterlein allein im Schweize seines Angesichts, um die notwendige Backware herzustellen. Andere spannten Frauen und Dienstmädchen mit zum Baden an, als die sonst so arbeitswilligen Gesellen ausblieben. Die schwere Arbeit mag manchem wohlgenährten Herrn recht ungewohnt vorgekommen sein, zumal es auf dem Gelage auf der Rabeninsel ziemlich feuchtfröhlich zugegangen war.

Die ersehnten Streikbrecher von auswärts, um welche man nach Leipzig und an andere Innungen in der Not telephonierte, blieben leider auch aus. Nur ein paar Arbeitslose, die sonst der Arbeit in den Bäckereien weit aus dem Wege gingen und ständig die Innungsherbergen bevölkerten, zeigten sich jetzt arbeitswillig. Diese Elemente, die sonst beim Kartenspiel jungen unerfahrenen Gesellen das Geld aus der Tasche zogen, waren jetzt natürlich auch charakterlos genug, den Verlockungen der Innungsführer zu folgen und als Streikbrecher ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Doch die Backware, welche in solchen Betrieben das Licht der Welt erblickte, zeugte davon, daß dieser Art Leute die Arbeit ziemlich ungewohnt ist.

In der ersten Streiknacht bewilligten sofort 6 Bäckereimeister mit 9 Gesellen; am Schlusse der Woche waren 28 geregelte Betriebe mit 106 Gesellen vorhanden.

Der Streik in Chemnitz beendet.

Obgleich die Innung den Streik aus der Welt zu lügen versuchte — ein solcher also gar nicht bestehen sollte —, wollte sie auf der andern Seite doch mit allerlei erbärmlichen Mitteln das Publikum über die Ursachen des Kampfes täuschen. Sie scheute sich auch nicht, durch verstellte Drohungen die Hilfe des Staatsanwaltes anzurufen. Die Chemnitzer Kollegenschaft sieht allen diesen Aktionen mit größter Ruhe entgegen. Ihre Feststellungen der erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der Mißstände im Kost- und Logiswesen gefallen ja erklärlicherweise den Herren Meistern gar nicht, aber man kann sich schon darauf verlassen — sie sind einwandfrei!

Der Boykott hat seine Wirkung immer besser ausgeübt und die rüchständigen Meister spüren ihren Schaden ganz erheblich. Die bewilligten Betriebe waren gezwungen, weitere Arbeitskräfte einzustellen, und auch die Genossenschaft arbeitet mit einer so großen Zahl Aushilfen, wie sie ständige Leute hat. An manchen Tagen ist es kaum möglich, den Anforderungen gerecht zu werden. Der Vercor der Innungsmeister darüber war so groß, daß sie es sich nicht verjagen konnten, in hinterlistiger Weise dem Publikum vorzulügen, daß in der Genossenschaft Mißstände vorhanden seien. Der Vorstand des Konsumvereins forderte deshalb bereits in großen Inseraten in der „Volkstimme“ die Innung auf, öffentlich hervorzutreten und deutlicher zu reden. Ob das geschehen wird, bezweifeln wir allerdings.

Den ersten gerichtlichen Einhaltsbefehlen, den ein einzelner Meister gegen die Maßnahmen der Streikleitung erzielte, folgte ein solcher von der Gesamtninnung, vertreten durch den Obermeister Wiener, auf dem Fuße. Die Streikleitung ist freilich deshalb keine Minute in Verlegenheit gewesen; eine Wirkung der Einhaltsbefehle trat nur insofern ein, daß der Boykott gegen widerspenstige Betriebe nur noch scharfer in Erscheinung trat.

Auch die Gelben und der Gesellenausschuß konnten auf ihren Lorbeeren nicht ausruhen. Sie mußten selbstredend ihre bestellte Arbeit leisten, und so unterbreiteten sie der Innung einen Scheintarif, um dem Publikum in Chemnitz vorzuführen zu können, daß am Orte alles geregelt sei. Zu diesem Zweck tagte eine Versammlung in der „Linde“, zu der Eintrittskarten ausgegeben wurden. Verbandsmitglieder und Arbeitslose erhielten natürlicherweise keine Karten; eine große Anzahl Bäckereimeister hatte aber ohne Karte Zutritt. Gelbe bedurften ebenfalls keiner besonderen Einladung. Der vorgelegte Tarif verlangt Löhne von M 9 bis M 10 pro Woche, Kost und Logis beim Meister, jährlich

bei freier Lage, eventuell Entschädigung von M 8; ferner Ferien von drei Tagen, wenn Kollegen ein Jahr in Arbeit stehen; Arbeitszeit zwölf Stunden, längere Arbeitszeit ohne besondere Vergütung; der Schlafraum soll den polizeilichen Anforderungen entsprechen, man verlangt ferner einen Tisch, einen Stuhl, einen Schrank und Waschlöscher hinreichend Alles Wünsche, die schon längst erfüllt sein müßten.

Werden aber die Innungsmeister diesem Scheintarif, der keinen Meister zwingt, ihn einzuhalten, zustimmen? Wir zweifeln nach dem Verhalten der übergroßen Mehrzahl daran und werden den Beweis in Zukunft erbringen können, daß noch alles beim alten ist. In der Versammlung selbst kam so recht die schaffe Handlungsweise der gelassenen Führer zum Ausdruck. Ein Kollege, der sich erlaubte, der Beseitigung des Kost- und Logiszwanges das Wort zu reden, wurde aus dem Lokal verwiesen und mit Hilfe der Polizei, die sofort zur Stelle war, hinausbefördert. Jede Opposition gegen dieses elende Machtwort wurde mittels der parteiischen Geschäftsführung der Versammlungsleitung unterdrückt.

Am Schlusse der Woche wurde ein weiteres Flugblatt an die werktätige Bevölkerung verteilt, worin um nachdrückliche weitere Unterstützung der bewilligten Betriebe aufgefordert wurde.

Daß in der Bevölkerung Sympathie für die Forderungen der Gesellen vorhanden ist, wird durch einen Brief bewiesen, den die Streikleitung erhielt. Er spricht vorteilhaft gegen verschiedene lörichte und ordinäre Anwürfe aus Bäckermeisterkreisen ab und lautet:

„Gehreter Herr! Es ist tief bedauerlich, daß in einer Zeit, in welcher durch Zölle und Steuern, der Staat das Geld immer mehr entwertet hat, die Meister Ihnen nur zu gerechten Forderungen entgegenreten. Sie beanspruchen bei nahezu vierzehnstündiger Arbeitszeit täglich, gleich 82 Stunden wöchentlich, einen Mindestlohn von M 21 pro Woche. Es ist dies ganz gewiß ein derart bescheidener Lohn, um menschenwürdig sein Dasein zu fristen, daß ein gerecht empfindender Mensch sich nur wundern muß, daß Ihre anstrengende Arbeitsleistung nicht besser gewürdigt wird. Es ist als ein Eingriff in die persönliche Freiheit zu bezeichnen, wenn ein Geselle aus heuriger Zeit bestimmt werden soll, einen Teil seines Verdienstes in Kost und Logis von seinem Meister zu empfangen. Mit dem Wunsche für guten Erfolg Ihrer Ziele Hochachtungsvoll“

Die Meister sind, wie überall in den rückständigen Innungsbezirken, vor keinem Mittel zurückgeschreckt, die Gesellen zu terrorisieren. So hat der Meister Sch. zu seinem Gehilfen, der die Forderung seiner Kollegen vertrat, gesagt, er beläme einen schwarzen Punkt in seine Papiere, und dann würde er für sein ganzes Leben in Chemnitz keine Arbeit mehr erhalten! Es wird gut sein, wenn von behördlicher Seite diese Vergewaltigung der Gewerbeordnung auf ihre Wahrheit hin geprüft wird. Zwar werden das die terrorisierenden Bäckermeister ableugnen, um sich nicht strafbar zu machen, aber gerade deshalb muß die Sache um so gründlicher untersucht werden.

Die am Sonntag, 2. Juni, stattgefundene Mitgliederversammlung beschloß nach vorhergegangener Berichtserstattung über den Stand des Streiks, denselben für beendet zu erklären. Die Zahl der Streikenden steht mit der der Arbeitslosen am Orte vor Ausbruch des Streiks gleich. Der größte Teil der meist jüngeren Kollegen ist abgereist. Bewilligt hatten 25 Bäckereien, inklusive der fünf Großbetriebe, in welchen nunmehr 110 Gesellen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Eine Resolution, die das Errungene als Abschlagszahlung betrachtet und die arbeitende Bevölkerung zum weiteren Boykott der nicht bewilligt habenden Betriebe auffordert, sowie der Chemnitzer „Volksstimme“ die größte Anerkennung für ihre kräftige Unterstützung im Lohnkampfe ausspricht, fand einstimmige Annahme. — Der Anfang mit der Beseitigung des Kost- und Logiszwanges ist in Chemnitz also gemacht und das nicht Errungene werden die Kollegen in kommender Zeit nachholen. Das sollen sich die Scharfmacher der dortigen Zwangsinnung gesagt sein lassen!

Beendigung des Streiks in Jena.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 29. Mai wurde zum Streik Stellung genommen. Kollege M. Friedrich referierte über den Verlauf des Kampfes und ließ ihn nochmals Revue passieren. Er schickte voraus, daß der Erfolg kein vollständiger sein konnte, sondern sich auch hier die Regel bestätigte: „Auf einen Nabel fällt kein Baum!“ Der Kampf wäre jedoch keineswegs umsonst gewesen. Neben der Errungenschaft, daß für annähernd den vierten Teil der am Orte beschäftigten Kollegen der Kost- und Logiszwang beseitigt werden konnte, steht der moralische Erfolg. Durch den Kampf sei die Öffentlichkeit einmal aufgerüttelt und ihr gezeigt worden, unter welchen traurigen Verhältnissen die Bäckergesellen das wichtigste Nahrungsmittel herzustellen gezwungen sind. Der Streik habe weiter gezeigt, daß wenn die gesamte Gehilfenschaft der Parole der Arbeitsmiederlegung gefolgt wäre, der Kost- und Logiszwang auf der ganzen Linie hätte beseitigt werden können. Die Innungsführer haben mit ihren Argumenten gegen diese Beseitigung vollständig Fiasco gemacht. Das einzige Unglück, das schließlich einmal eintreten könnte, sei, daß vielleicht einmal ein Geselle die Zeit verschläfe. Die Grundursache aber, weshalb man an den veralteten Zuständen festhalten wolle, wäre von den Innungsführern selber in ihrer angeborenen Ungeheuerlichkeit eingetauscht worden, nämlich: „Die Gehilfen, die um die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges kämpfen, wollen sich unabhängig vom Meister machen!“ Der weitere Grund sei natürlich darin zu suchen, daß bei dem herrschenden System die Meister sich von den Gesellen einen Ertragsprofit verschaffen.

In der Diskussion wurde besonders die traurige Rolle, die der Gesellenausschuß in dem Kampfe gespielt hat, geäußert. Die Innung kann ihm alles bieten! Es ist festgestellt worden, daß eine vom Ausschusse unterzeichnete Annonce in der hiesigen Presse, die von Innungsführern bezahlt wurde, aufgegeben ist, ohne daß der Gesellenausschuß davon etwas wußte. In dem Inserat wurde der „berechtigen“ Einwohnerschaft von Jena vorgelunken, daß nicht 22 streikende und 10 arbeitswillige Gesellen bei

der Bewegung in Frage kämen, sondern 42 Arbeitswillige und 11 Streikende, und daß die erdrückende Majorität der Jenaer Bäckergehilfen sich mit ihrer „wertigen Meisterschaft“ solidarisch erkläre! Im übrigen betrachteten die Versammelten die jetzt beendete Lohnbewegung nur als Anfang des nie wieder zur Ruhe kommenden Kampfes um Beseitigung des Kost- und Logiszwanges. Die Streikleitung konnte mitteilen, daß nur noch fünf Streikende zu verzeichnen sind, und so wurde einstimmig beschlossen, den Streik aufzuheben. Gleichzeitig wurde aber die Erwartung ausgesprochen, daß die in Frage kommenden Instanzen den Boykott gegen diejenigen Meister, die nicht bewilligt haben, in verschärfter Form weiterführen. Das Gewerkschaftsstatut wird sich mit dieser Frage weiter beschäftigen.

Unsere Jenaer Kollegen können mit dem Erfolg ihres ersten Vorstoßes zufrieden sein! Wir sind überzeugt, daß sie nun noch viel mehr die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung ihrer Arbeitsverhältnisse einsehen und alles tun werden, um in absehbarer Zeit den Kampf auf breiterer Grundlage wieder aufnehmen zu können.

Tarifabschluss in Amberg.

Im vorigen Jahre ist der im Jahre 1908 abgeschlossene Tarifvertrag abgelaufen. Die Kollegen haben den Tarif gekündigt und eine neue Vorlage den Arbeitgebern unterbreitet. Es kam zu Unterhandlungen, als diese aber ohne Ergebnis verliefen, wurde das Einigungsamt um Vermittlung angerufen. Dieses hatte über die Lohnfrage einen Schiedsspruch gefällt, dem sich auch beide Parteien unterworfen haben. Die anderen Punkte sollten durch weitere Verhandlungen erledigt werden. Die Arbeitgeber wollten den alten Tarif zur Grundlage, die Gehilfenschaft ihren eingereichten Entwurf. Obwohl der Kollege Gagner den

Das Streben nach Vervollkommen-
nung im Wissen ist identisch
mit dem Streben nach Freiheit.

Fichte.

Kollegen geraten hat, auf friedlichem Wege zu einer Einigung zu kommen, verstand es der ehemalige Kollege Hofmann (jetziger Bäckermeister), die Gehilfenschaft auf seine Seite zu bekommen, und dann rundweg jeden Vermittlungsversuch der Führer in den Wind zu schlagen. Wie ein aufgebracht Hahn erklärte Hofmann, „Lieber in eine tariflose Zeit einzutreten, als den zur Unterschrift bereitgestellten Tarifvertrag anzunehmen“. Leider sind die Kollegen dem gefolgt und ein Teil der Bäckermeister zahlte dann den durch das Schiedsgericht erzielten Lohn nicht, da ein Tarifvertrag nicht bestand.

Schon nach kurzer Zeit haben die Kollegen ein, daß es besser gewesen wäre, den Ratsschlägen Gagners als den Krakeelereien Hofmanns zu folgen. Inzwischen wurde Hofmann Bäckermeister und er zahlte nun selbst einen niedrigeren Lohn als im Schiedsspruch vorgesehen war! Als nun das tarifliche Jahr sich seinem Ende zuneigte, wurden die Bonarbeiten zu einem neuen Tarif gemacht und am 20. April wurde in einer Versammlung die Organisationsleitung beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen. Am 2. Mai wurde den Arbeitgebern der Entwurf zugesandt. In der Innungsversammlung ging es dann recht lebhaft her als der Entwurf zur Beratung stand. Der größte Teil der Arbeitgeber vertrat aber die Meinung, der Frieden zwischen den Meistern und Gesellen sei nur dann aufrechtzuerhalten, wenn ein Tarifvertrag bestünde. Aber der nunmehrige Meister Hofmann versuchte nun, die Bäckermeister ins Scharfmacherlager zu führen. Doch die Vernunft brach sich Bahn, die Mehrheit stimmte nämlich für den Abschluß eines Tarifvertrages. Am 20. Mai fanden die Verhandlungen statt und es wurde in den meisten Punkten eine Einigung erzielt. Die Versammlung der Gesellen am 21. Mai hat dann jedoch noch eine Resolution angenommen, durch welche die Lohnkommission beauftragt wurde, den Arbeitgebern noch weitere Zugeständnisse abzurufen. Das gelang nicht. Am 23. Mai fand eine weitere Versammlung statt, in der Kollege Gumpendobler im Auftrage der Vorstandschaft und der Lohnkommission den Tarifvertrag zur Annahme empfahl. In geheimer Abstimmung wurde er dann gegen zwei Stimmen angenommen. Es kommen für diesen Tarifvertrag 88 Betriebe mit 41 Gehilfen in Betracht. Er lautet wie folgt:

1. Die Mindestlöhne betragen ab 26. April 1912: a) für Scharf (erste Gehilfen) M 23 bis M 26; b) für Wäcker (zweite Gehilfen) M 19 bis M 22; c) für Postler (dritte Gehilfen) M 17 bis M 19. In größeren Betrieben ist entsprechend mehr zu bezahlen. Für Offenablöser erhalten die Gehilfen M 1,50 pro Woche mehr. Gesehlich erlaubte Ueberstunden werden an Wochentagen mit 35 %, solche an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen mit 50 % pro Stunde vergütet. Pfannen- und Backgeld bleibt wie bisher der freien Vereinbarung überlassen. Die Lohnzahlung erfolgt Sonntag früh nach Arbeitschluß. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschleiert werden.
2. Die Arbeitszeit ist nach Bundesratsvorschrift vom 4. März 1896 gesehlich geregelt. An Sonn- und gesetzlichen Feiertagen beträgt dieselbe nur neun Stunden.
3. Frühstück und Brot wird wie bisher verabreicht. Für eventuell verabreichtes Essen darf vom Lohne nichts in Abzug gebracht werden. Den Gehilfen sind ordentliche Schlafräume mit dem nötigen Mobiliar an Stühlen, Tisch und verschließbarem Schrank zur Verfügung zu stellen.
4. Als Entschädigung für geleistete Sonntagsarbeit sind jedem Gehilfen nach einjähriger Beschäftigung ein Tag, nach zweijähriger Beschäftigung zwei Tage, nach dreijähriger Beschäftigung drei Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes und der nötigen Aushilfe zu gewähren. Der Gehilfe hat für passende Aushilfe zu sorgen. Selbstentwöhnung für die Ferien ist unzulässig.
5. Das Halten von Behlungen richtet sich genau nach den Vorschriften der Handwerkskammer.

6. Maßregelungen wegen Verbandszugehörigkeit oder Eintretens für die tariflichen Bestimmungen dürfen nicht vorgenommen werden.

7. Der Tarif hat für den Innungsbezirk Amberg Gültigkeit und wird in jeder Bäckerei an gut sichtbarer Stelle im Betrieb ausgehängt.

8. Zur Durchführung des Tarifes wird ein Tarifamt aus drei Meister- und drei Gehilfenvertretern gebildet.

9. Der Tarif hat bis zum 26. April 1915 Gültigkeit. Die Kündigung hat einen Monat vor Ablauf zu erfolgen; geschieht das nicht, so hat der Tarif je ein weiteres Jahr Geltung.

Amberg, den 24. Mai 1912.
Für die freie Bäckereinnung Amberg:
Anton Schreiner, erster Vorsitzender. Wilhelm Schelling.
Joseph Neubauer.

Für den Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands: Hans Gumpendobler, Bezirksleiter.
Für die Gehilfen: Joseph Bauer. Georg Störl.

Wohl sind nicht alle Hoffnungen erfüllt worden, aber die Mehrzahl der Kollegen war von der Meinung durchdrungen, durch diesen Vertrag sei der Grundstein gelegt, auf dem man bauen kann. Nun liegt es an den Amberger Kollegen, dafür zu sorgen, daß das Errungene hochgehalten wird. Es müssen Leute ins Tarifamt gewählt werden, die tüchtig besitzen und den Tarifvertrag in allen Betrieben zur Geltung bringen. Diesem kann aber nur Rechnung getragen werden, wenn die Kollegen dafür sorgen, daß die Organisation nicht nur nach außen, sondern auch nach innen gefestigt wird.

Brotkrust in Hannover.

Die Brotfabrikanten haben vor einiger Zeit einen Geheimvertrag abgeschlossen, nach welchem einheitlich die Verkaufspreise beziehungsweise das Gewicht der Brote festgesetzt wurde. Um aber gleich auf das Ganze zu gehen, wurden Bestimmungen mit eingeflochten, daß in Fällen von Streiks, Boykotts usw. die Gesellschafter verpflichtet sind, sich gegenseitig nach besten Kräften zu unterstützen. Der Vertrag ist beziehend für die Brotfabrikanten selbst, so daß wir ihn im Wortlaut wiedergeben:

Brotfabrikantenverband Hannover-Linden.
Gesellschaftsvertrag.

Die Unterzeichneten vereinigen sich hierdurch zu einer Gesellschaft, welche den gemeinschaftlichen Zweck verfolgt, ihre gewerblichen Verhältnisse in der nachstehend bestimmten Weise zu regeln und zu fördern.

§ 1. Das Brot und die Semmel im Wiederverkauf dürfen in Hannover und im Umkreise von 25 km von der Marktkirche an gerechnet an Kaufleute, Händler, Wirtschäften und Pensionen nicht unter 44 % beziehungsweise 88 % verkauft werden. Kleine Semmeln dürfen nicht unter 30 % abgegeben werden. Diese Preise dürfen in keiner Form unterboten oder umgangen werden. Die Gesellschafter sind dabei verantwortlich für ihre Angestellten und sonstigen Hilfskräfte, deren sie sich bei ihren Geschäften bedienen.

Weihnachts- oder Neujahrsbeschenke, soweit solche bisher üblich gewesen sind, sind bis zum Werte von M 3 an den einzelnen Kunden gestattet. Haushaltungs- und Konsumvereine, die einen größeren Bedarf haben, darf eine Vergütung bis zu 2 pzt. gewährt werden. Dagegen gelten Warenvereine und andere Wareneinkaufsbereine als einzelne Händler.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen können nur durch einstimmigen Beschluß der Gesellschafter geändert werden.

§ 2. Auf Lieferung an größere öffentliche Anstalten, die solche durch öffentliche Verdingung vergeben, finden die Bestimmungen des § 1 vorläufig keine Anwendung.

§ 3. Das Gewicht der einzelnen Brote wird jeweilig dem Getreide- und Mehlpreise entsprechend durch Beschluß der Gesellschafter mit Stimmenmehrheit festgesetzt. Das Gewicht der Brote darf in keinem Falle die festgesetzten Gewichtsgrenzen um mehr als 50 g bei einem 50-g-Brot und 100 g bei größeren Broten überschreiten.

Eine Versammlung der Gesellschafter zwecks neuer Festsetzung des Gewichtes der Brote muß von den geschäftsführenden Gesellschaftern mit einer Frist von drei Tagen einberufen werden, wenn drei Gesellschafter dieses bei einem der geschäftsführenden Gesellschafter beantragt haben.

Die Einladungen haben schriftlich zu erfolgen.
§ 4. In der Zeit bis zum 1. Juli 1912 darf kein Gesellschafter eine Lieferung an die Kundschaft eines andern Gesellschafters übernehmen.

Außer eines Gesellschafters dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung des bisherigen Arbeitgebers angenommen werden. In Fällen von Streiks, Boykotts usw. sind die Gesellschafter verpflichtet, sich gegenseitig nach besten Kräften zu unterstützen.

§ 5. Die Geschäfte der Gesellschafter werden von drei Gesellschaftern gemeinschaftlich geführt, welche die Versammlung der Gesellschafter mit Stimmenmehrheit auf ein Jahr wählt. Zu geschäftsführenden Gesellschaftern sind erstmalig die Herren Direktor Thoma, Karl Bruns und Friedrich Köpfer bestellt.

§ 6. Auf die Bäckereinnung soll zur Einhaltung eines Mindestpreises eingewirkt werden. Sollten neue große Betriebe entstehen, so soll über die diesen gegenüber einzuschlagenden Schritte beraten und Beschluß gefaßt werden.

§ 7. Sollte ein Gesellschafter sein Geschäft in eine andere Rechtsform überleiten, so bleiben seine Verpflichtungen dadurch unberührt. Demso bleibt ein Gesellschafter, wenn er sein Geschäft veräußert oder verpachtet, so lange gebunden, bis sein Rechtsnachfolger an seiner Stelle dieser Gesellschaft beigetreten ist.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen diesen Vertrag werden in jedem einzelnen Falle mit einer Geldstrafe bis zu M 500 geahndet. Zuwiderhandlungen sind bei einem der geschäftsführenden Gesellschafter anzumelden. Erfolgt eine Anzeige gegen einen Gesellschafter, so tritt ein Schiedsgericht zusammen, welches unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges entscheidet und die etwa verurteil-

Waise festsetzt. Das Schiedsgericht besteht aus zwei Mitgliedern, von denen der beschuldigte Gesellschafter eins und der drei geschäftsführenden Gesellschafter das andere ernennen. Die Schiedsrichter dürfen nicht Gesellschafter sein. Können sich die Schiedsrichter nicht einigen, so haben sie einen Obmann zu wählen, dessen Entscheidung den Ausschlag gibt.

§ 9. Die eingezogenen Gelder fließen in die Gesellschaftskasse und werden zunächst zur Deckung der allgemeinen Ausgaben für die Gesellschaft verwandt.

§ 10. Zur Sicherstellung der Verpflichtungen aus diesem Vertrage hat jeder Gesellschafter einen Betrag von M 500 in bar einzuzahlen. Bei kleineren Betrieben mit nur einem Doppelofen ermäßigt sich dieser Betrag auf M 250. Daneben ist von den größeren Betrieben ein Sichtwechsel über M 1000 und von den kleineren Betrieben mit nur einem Doppelofen ein solcher über M 500 bei einem der geschäftsführenden Gesellschafter zu hinterlegen.

§ 11. Dieser Vertrag ist bis zum 1. Januar 1913 unauflösbar. Wird er nicht zwei Monate vor Ablauf genehmigt, so verlängert sich seine Geltungsdauer stets um ein weiteres Jahr.

§ 12. Durch den Tod oder durch Konkurs eines Gesellschafters wird die Gesellschaft nicht aufgelöst, sondern tritt an den übrigen Gesellschaftern fortgesetzt. Führen die Erben des verstorbenen Gesellschafters das Geschäft fort, so treten sie ohne weiteres an die Stelle ihres Erblassers.

Hannover-Verden, den 14. Februar 1912.
Zum Zeichen des Einverständnisses unterschrieben wie folgt:

- Hannoversche Brotfabrik, gez. L. Thoma.
- Herrn. Brister.
- Heinrich Wendig.
- Gebr. Bruns.
- Friedr. Köpfer.
- Karl Bornemann.
- G. Wasse.
- G. Jürgens.
- Herrenhäuser Brotfabrik, gez. v. Zwehdorff.

Der Brotfabrikant Fiedler hat sich ehrenwörtlich verpflichtet, den Vertrag anzuerkennen. Dieser Herr hat sich gegenüber den Vertretern des Gewerkschaftskartells im Jahre 1907 ebenfalls ehrenwörtlich verpflichtet, den Arbeitern Wochenlohn zu zahlen und deren Koalitionsrecht nicht anzutasten. Dieses Ehrenwort harret heute noch der Erfüllung. Herr Fiedler wird sicher jetzt anders handeln. Von dem Besitzer der Herrenhäuser Brotfabrik ging einige Tage nach Veröffentlichung des Vertrages dem „Volkswillen“ nachstehende Berichtigung zu:

Wir sind an den vertraglichen Abmachungen in Bezug auf Aufhebung der Freizügigkeit der Rutscher, Unterstützung der bestreikten Firmen, überhaupt an keiner Abmachung irgendwie beteiligt, welche sich gegen die Gewerkschaften resp. die organisierte Arbeiterschaft richtet. Wir haben uns nur verpflichtet, die vereinbarten Preise innezuhalten und haben selbst diese Abmachungen für unsere eigenen Verkaufsstellen überhaupt keine Gültigkeit.

Ergebenst Gebr. v. Zwehdorff.

Unsere Verbandsleitung bestätigte auch die Richtigkeit dieser Angaben. Bei den übrigen Fabrikanten soll durch diesen Vertrag gleichzeitig die Knebelung der Kollegen erwidert werden.

Unsere Stellung zur Erhöhung der Brotpreise haben wir schon öfter klargestellt, so daß es sich heute erübrigt, hier darauf einzugehen. Jede Steigerung der Roh- und Backwarenpreise müßt der Unternehmer in der Weise ausgleichen, daß er durch die Erhöhung der Warenverkaufspreise die gesamten Lasten auf den Konsumenten abwälzt. Würden die Mäcker des Brottrutes nach diesem Grundsatz handeln, dann hätten sie keinen Grund zur Abschließung des Geheimvertrages gehabt. Der Mehlpreis ist nicht in dem Maße gestiegen, als die Brotpreise erhöht wurden. Am 1. Januar erhielt man aus den Brotfabriken für M 1 Mehl durchschnittlich 8,131 Pfund Brot; am 1. März (also nach dem Vertragsabschluss) 7,344 Pfund und am 1. Mai nur noch 7,294 Pfund. Die Brotfabrikanten haben es durch diesen Trustvertrag verstanden, innerhalb vier Monaten für den gleichen Geldbetrag 837 Gramm weniger an Brot zu liefern, was gleichbedeutend ist mit einer Brotpreiserhöhung von 1,42 s pro Pfund. Nach § 6 soll auch die Wäckerinnung zur Einhaltung eines Mindestpreises angewirkt werden, und die Innung ließ sich dieses nicht einmal sagen; sie folgte ebenfalls den Spuren der Brotfabrikanten.

Sicher wird nun auch die Kollegenschaft aus diesem Vorgang Lehren ziehen. Sie hat alle Ursache, endlich auf sich selbst zu bestimmen, um andere Zustände in den Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen zu können. Besonders die Beschäftigten in den Brotfabriken, deren Stundenlohn zwischen 30 und 37 s schwankt und die wöchentliche Arbeitszeit sogar bis zu 74 Stunden beträgt, müssen sich ihrer Menschenrechte bewußt sein. Oder sind die Kollegen durch die jahrelange Ausbeutung schon so abgetümpelt, daß sie dem gewerkschaftlichen Leben überhaupt kein Interesse mehr entgegenbringen können? Freiwillig werden sie von den Unternehmern aus dem Rebhach, den sie durch den Geheimvertrag aus den Konsumenten herausziehen, nichts erhalten. Wollen diese Kollegen ihre Lebenshaltung verbessern, dann müssen sie in die Organisation und mit derselben sich Verbesserungen erkämpfen.

Die Ausbeutung in den Bäckereien Baden-Badens.

Baden-Baden ist ein berühmter Kurort, und seine romantische Lage ist weit und breit bekannt. Im gesamten deutschen Wälderwald wird auf die großartige Kurstadt wiesen und Jahr für Jahr kommen Tausende und aber Tausende Sommerfrischler zugepilgert, um Erholung zu suchen. Im Wäldergelände macht sich diese Frequenz natürlich ganz besonders bemerkbar und die Arbeitskraft der Bäckereien und Lehrlinge wird in mehreren Betrieben ganz ausbeutert. Raum hat die Kurzeit dieses Jahr

wieder begonnen, so laufen auch sofort verschiedene Beschwerden ein, daß die Arbeitszeit über das gesetzliche Maß hinaus weit überschritten wird. Durch eine Umfrage wurde auch konstatiert, daß viele Lehrlinge 13 bis 15 Stunden in das Loch gespannt sind; die Herren Bäckermeister fragen kein Jota nach den Vorschriften des Jugendschutzes. Wissen denn die Bäckermeister in Baden-Baden nicht, daß die Lehrlinge im ersten Jahr nur zehn Stunden, im zweiten elf Stunden und im dritten Lehrjahre nur zwölf Stunden beschäftigt werden dürfen? Privilegien gibt es für keinen einzigen Bäckermeister, die reichsgesetzliche Regelung ist für alle gleich, das sollten sich die Bäckermeister nun endlich einmal merken.

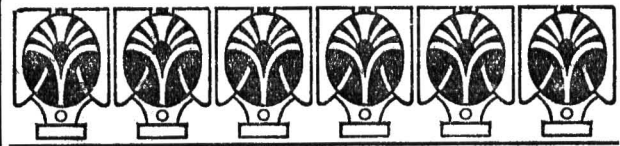
Unterfrosen hat ein Arbeitgeber seinem Gehilfen gegenüber an einem gesetzlichen Wochenfeiertage sogar mit Entlassung gedroht, wenn er nach 8 Uhr morgens nichts mehr schaffen wolle. Auch bezüglich des Kost- und Logiswesens sind die grauenhaftesten Zustände in Augenschein genommen worden, und es wäre nur zu wünschen, daß durch die allgemeine Revision der Gewerbeinspektion, die unsererseits beantragt wurde, Remedur geschaffen wird. Aufgabe der Gewerbeinspektion ist es allerdings, von Zeit zu Zeit unbedingt Revisionen zu veranlassen, ohne daß dazu erst Beantragung ergeht! Wie wir erfahren, sind einzelne Bäckermeister wegen Uebertretung bestraft worden; hoffentlich sind aber auch wirkliche Strafen und keine Prämien ausgeworfen worden! Einem Bäckermeister schien diese Revision ganz besonders unangenehm; denn er machte seiner Wut dahingehend Luft, daß er seinen organisierten Gehilfen auf das Straßenpflaster legte.

Die Schuld an den traurigen Verhältnissen am Orte tragen aber vor allen Dingen die Bäckergehilfen selbst. Dieselben wollen immer lieb Kind sein und glauben, den

Der Sozialismus ist die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntnis auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft.

Sebel.

Meistern beistehen zu müssen. Diese Liebedienerei ist jetzt von der Innung dermaßen belohnt worden, daß man die Forderung auf eine Freinachtsgewährung zum fünfundzwanzigjährigen Gehilfenvereinsjubiläum zweimal abschlägig beschieden hat. Darob natürlich große Empörung im Gehilfenvereinslager. Der gesamten Bäckergehilfenerschaft muß aber gesagt werden, daß Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse nicht erreicht werden mit Redensarten und Schimpfepisteln, sondern nur durch Eintritt in die Berufsorganisation! Das ist der gangbare Weg, und dann können Forderungen gestellt werden, welche anerkannt werden müssen. In vielen Badeorten sind heute schon für die Gehilfenschaft Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt; dieses wäre auch für Baden-Baden nicht unmöglich. Also hinein in die Organisation; denn es muß auch für Baden-Baden ein anderer Wind wehen! Ueber die erwähnte Umfrage selbst wird später besonders berichtet.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Quittung.

Vom 19. Mai bis 1. Juni gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für März: Königsberg M. 62,40.
- Für April: Königsberg M. 74,60, London 140,35, Wittenberg 50,75.
- Für Mai: Lüdenscheid M. 38, Schömerin 48,80, Karlsruhe 133,70, Bremen 601,05, Köln 503,65.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: G. St. Grabow M. 28, W. S. Stadtilm 4,50, F. M. Karby 10,20, H. S. Meiningen 4,80, R. S. Oberweißbach 14, R. F. Golditz 4.

Für Abonnements und Annoncen: Zentraltrankentasse Ruffingen M. 7,50, Zahlstelle Schwerin 3, Krankenkasse (G. S. 49) Hamburg 8, Liedertafel Amicitia-Concordia 20.

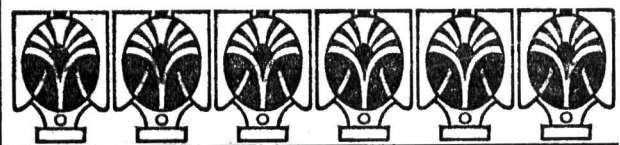
Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: Zahlstelle Schwerin M. 3.

Der Hauptkassierer. J. B. M. Langhann.

Spätestens am 8. Juni ist der 24. Wochenbeitrag für 1912 (9. bis 15. Juni) fällig.

Aus den Bezirken.

Erfurt. Die Adresse des Bezirksleiters ist jetzt: M. Friedrich, Baumerstr. 4.
Wülhausen i. G. Die Adresse des Kassierers ist jetzt: Karl Klein, Vogesenstr. 44.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Zahlstellenkempel versehen und vom Voritzenden gegenzeichnet sein.)

Bäcker.

Bodum. Ein organisationsfeindlicher Bäckermeister ist Herr Schlüpmann, Fiedel II, Krangenstraße. Ein Kollege B. war seit einigen Monaten in diesem Musterbetriebe beschäftigt, als er am 2. Oftertage zu einem Vergnüngen gegangen war. Er kam einige Stunden zu spät zur Arbeit, und nun entstand ein Zweikampf zwischen dem Krauter und B., bei welchem schließlich letzterer unterlag; es wurde ihm das Hemd buchstäblich vom Leibe gerissen. Außerdem wurde er sofort entlassen, ohne daß er Papiere und Lohn erhielt. Soweit wären Anstand und Bildung des Meisters festgestellt. Der entlassene Kollege klagte nun, und als die Verhandlung vor dem Gewerbegericht stattfand, erdreistete sich Schlüpmann noch, vorher auf dem Flur des Gerichtssaales den Ausspruch zu tun: „Wenn ich nochmals mit B. unter vier Augen zusammenkäme, würde ich ihm den Hals umdrehen!“ Der Herr denkt anscheinend gar nicht daran, daß sein harter Schädel auch müde zu machen wäre. Er hat fast nur Vergarbeiterkundschaft, und diese ist bekanntlich nicht gesonnen, Arbeitgeber zu unterstützen, die ihre Arbeiter mißhandeln. Dies wird jedenfalls auch Herr Schlüpmann bald gewahr werden.

Wuppertal. Bei dem allgemeinen Tarifabschluß mit dem Bergisch-Märkischen Brotfabrikantenverband im Vorjahre, wurde vertraglich die wöchentliche Arbeitszeit auf 63 Stunden festgelegt. In zwei Betrieben, Buchholz in Born mit 16 Arbeitern und Kircher in Mettmann mit 38 Arbeitern, konnte jedoch der Vertrag infolge der schwachen Organisationsverhältnisse nicht durchgeführt werden. Herr Buchholz brüstete sich bereits 1907 der Kundschaft gegenüber, welche gutes Einvernehmen zwischen ihm und seinem Personal bestrebt und ließ seinen Warenabnehmern damals nachstehendes Zirkular zugehen:

Born (Kr. Bannep), Weihnachten 1907.

Heute werden es zehn Jahre, daß der Betrieb der Bergischen Brotfabrik eröffnet wurde. In diesem Monat wurde der im Frühjahr d. J. begonnene Neubau glücklich vollendet. Ich habe keine Kosten gescheut, um die neuesten Maschinen sowie sonstigen neuen Bäckereierrichtungen anzuschaffen und hoffe, die Fabrik nunmehr auf eine Höhe gebracht zu haben, welche den heutigen Zeitverhältnissen und weitgehendsten Anforderungen entspricht.

„Eine besondere Freude ist es aber für mich heute, daß das Verhältnis zwischen Angestellten und mir ein stets gutes war und daß die Mehrzahl derselben schon mehrere Jahre in der Fabrik tätig gewesen ist.“

„Als Zeichen meiner Anerkennung erhöhe ich deshalb den Jahresverdienst eines Jeden um 52 Mark.“

Jedem stelle ich frei, sich diesen Betrag jährlich beim Weihnachtseste oder wöchentlich entsprechend auszahlen zu lassen.

Ich hoffe, daß es mir vergönnt ist, auch in Zukunft das bisherige Einvernehmen erhalten zu sehen.

Für Jeden bin ich, falls er Wünsche hat, zu jeder Zeit zu sprechen und werde ich solchen gerne entgegenkommen, wenn dies mit der Geschäftslage und der Geschäftsordnung gestattet.

Julius Emil Buchholz.

Der arbeiterfreundliche Unternehmer hat jedoch im Eifer seinerzeit ganz vergessen, auch der Kundschaft die Arbeitszeit „seiner“ Arbeiter mitzuteilen. Sie beträgt nämlich auch heute noch täglich zwölf Stunden und darüber; der Schichtwechsel ist kein geregelter, in der einen Woche müssen sieben, in der andern fünf Schichten geleistet werden. In der Woche, wo fünf Schichten gearbeitet wird, schließen die Ueberstunden so an, daß gut sechs Schichten gezahlt werden können. Die Wahrheit trifft auch hier zu: lange Arbeitszeit, niedrige Löhne!

Bei Kircher in Mettmann, soll nach Mitteilungen der bürgerlichen Tagespresse der Achtstundentag eingeführt sein. In Wirklichkeit ist es damit wesentlich anders bestellt. Schicht I beginnt zum Beispiel Sonntags nachmittags 4 Uhr, dann arbeiten drei Mann bis nachts 12 Uhr, somit acht Stunden; zwei Mann bis 2 Uhr morgens, also zehn Stunden und ein Mann bis 3 Uhr morgens, das sind elf Stunden. In Schicht II arbeiten drei Mann acht Stunden, einer neun, einer zehn und einer elf Stunden. In Schicht III werden drei Mann acht Stunden, zwei zehn und einer elf Stunden beschäftigt. Es arbeiten also in jeder Schicht nur drei Mann acht Stunden und alle übrigen viel länger. Durch diese Manipulation werden sogar vier Schichten geleistet und nach außen hin wird dann von der Einführung des Achtstundentages gesprochen.

Die Kollegen sind gegen diese fein ausgeklügelten Ausbeutungsmagimen vollständig machtlos, weil sie nicht geschlossen der Organisation angehören. Und solange die Kollegen uneinig bleiben, werden sie immer wieder von dem wirtschaftlich stärkeren Teil — dem Fabrikanten — so behandelt, wie sie es verdienen. Soll auch hier der allgemeine Vertrag in Kraft treten, dann muß sich der letzte Mann seiner gewerkschaftlichen Organisation anschließen!

Fabrikbranche.

Hamburg-Altona. Die Arbeitsordnung der Firma Commens — ein mittlerer Zuckervertrieb — ist auch eine derjenigen, die die Aufmerksamkeit weiterer Kreise der Kollegenschaft verdient. Besonders das Strafsystem ist so ausgebaut, als wenn es sich um einen der modernen Großbetriebe handelt, die von der Kollegenschaft treffend mit einem Zuchthause verglichen werden. Wer bei Commens auch nur einige Minuten zu spät zur Arbeit kommt (was ja in einer Großstadt bei den Zufälligkeiten des Straßenbahnverkehrs usw. mitunter auch beim besten Willen nicht ganz unvermeidlich ist) muß 10 s Strafe zahlen; kommt er nach der alleinseligmachenden Fabrikzeit später als 10 Minuten, so zahlt er sofort 20 s und

versäumte Zeit wird obendrein in allen Fällen auch noch in Abzug gebracht. Der größte Teil der bei Commens beschäftigten Personen verdient aber noch nicht einmal pro Stunde 30 ¢; der Abzug bedeutet also für die Betroffenen immer eine recht beträchtliche Einbuße. Auch das Betreten „fremder“ Räume wird ohne weiteres mit 10 ¢ Geldbuße bestraft. Die Arbeiter haben sich ohne Ausnahme an den Reinigungsarbeiten zu beteiligen, erhalten aber die darauf verwendete Zeit keineswegs besonders vergütet, sondern müssen dies zu Ehren des Betriebes unentgeltlich verrichten. Auch die sogenannten Visitationsparagrafen fehlen natürlich nicht — sie ermächtigen sogar den Arbeitgeber oder dessen Beauftragte, Geraderobe und Kleidung der Beschäftigten jederzeit unvermutet untersuchen zu dürfen! „Diebstahl“ führt zu sofortiger Entlassung und wird strafrechtlich verfolgt. Aber was der Herr unter Diebstahl alles versteht, ersieht man daraus, daß er ausdrücklich festgelegt hat: Raschen ist nicht erlaubt und wird Mundraub als Diebstahl betrachtet! Ganz besonders schön nimmt sich auch das Gebot aus: „Klosetts sind möglichst während der Pausen zu benutzen.“ Da die Frühstück- und Vesperpausen aber nur 15 Minuten lang sind und normale Menschen leider im Laufe des Tages auch einige Male ein menschliches Bedürfnis zu verrichten haben, so sind zu dieser Zeit selbstverständlich die wenigen geheimen Oertlichkeiten auch immer stark frequentiert und die paar Minuten Zeit zur Erholung und zum Essen würden vielfach gänzlich verloren sein, wenn jeder das erlassene Notdurftgesetz streng einhalten wollte. Ein starkes Stück ist es ferner, daß Rutscher, Packer und Burschen Sonntagsarbeit ohne eine Extraentschädigung verrichten müssen.

Man sieht, auch die kleinen Herren Fabrikanten wissen die Maximen der großen recht gut zu kopieren. Daß man aber durch solche Maßnahmen sich eine zufriedene Arbeiterschaft erzielt, ist ausgeschlossen.

Aus Unternehmerkreisen.

Bäckerei.

Der Gesamtverband des Bäckerinnungsverbandes beschäftigte sich in seiner Sitzung am 15. April recht gründlich mit unserer Organisation, den Lohnbewegungen und Streiks. Bei dieser Gelegenheit läßt man dann immer die großartigen Erfolge des Arbeitgeberverbandes, „der immer mehr zum Segen der Allgemeinheit wird“, Revue passieren. Trotz allen Lobpreisungen will aber das Scharfmacherpflänzlein nicht recht gedeihen. Die Leiter rechnen bestimmt darauf, daß durch den Erlaß des preussischen Handelsministers, nach welchem den Innungen der korporative Beitritt zum Schutzverband gestattet ist, ein riesenhafter Zustrom erfolgen werde. Die Scharfmacher wurden aber gründlich enttäuscht und heute müssen sie fortwährend mit dem roten Lappen winken, um Innungen zum Anschluß zu bewegen. Besonders wird bei solchen Gelegenheiten auf die Opferwilligkeit unserer Mitglieder verwiesen, wemgleich man zu andern Zeiten wieder hören kann, daß die Gesellen durch den Anschluß an die Organisation, ihr Geld nur zum Fenster hinauswerfen. Die Unternehmer kalkulieren mit dieser Taktik sehr schlaue. Erstmals versuchen sie mit dem Schwanken des roten Lappens die Innungsmitglieder zu dem Anschluß der Scharfmacherorganisation zu bewegen, und dann rechnen sie darauf, daß die Gesellenschaft überhaupt von den gewerkschaftlichen Bestrebungen nichts wissen will, indem sie ihr vorzuzählen, sie bezahle die Beiträge zu unserer Organisation, ohne einen Nutzen davon zu haben. Zum Schluß läuft die ganze Sache darauf hinaus, die Unternehmer sollen sich zu starken, wirtschaftlichen Organisationen zusammenschließen, um desto mehr die Gesellen schürzeln zu können. Unsere Mitglieder können nicht oft genug auf dieses Treiben ihre Kollegen verweisen; wir sind sicher, daß dann jedem die Augen aufgehen und er dann den Weg in seine Organisation finden wird.

„Der Brotfabrikant“ als Beschützer der Gelben. In Nummer 20 des Organs des Verbandes Deutscher Brotfabrikanten lesen wir unter der Stichmarke „Aus dem Laboratorium des roten Verbandes“ einen Leitartikel, der aus den wahrheitswidrigen Berichten vom gelben Bundesblättchen zusammengestoppelt wurde. Wir hatten bis jetzt von Herrn Schulte, dem verantwortlichen Redakteur dieser Unternehmerrzeitung, eine höhere Meinung und glaubten sicher, er werde niemals Stoff zu seinen journalistischen Arbeiten aus der gelben Kiste schöpfen. Am allermerkwürdigsten hatte aber Herr Schulte Ursache, die rückständigen Ansichten der Gelben zu verteidigen. Denn ginge es nach diesen, so bestände keine einzige Brotfabrik, infolgedessen keine Organisation dieser Unternehmerrgruppe. Die Interessen der Gelben können schon daher niemals von den Brotfabrikanten gutgeheißen werden. Aber noch lächerlicher erscheint uns der Artikel, wenn darin sogar der Koff- und Logiszwang im Hause des Arbeitgebers verteidigt wird. Die Brotfabrikanten haben doch schon längst dieses veraltete Lohnzahlungssystem abgeschafft und sind dabei nicht schlecht gefahren. Den Gelben zuliebe wird aber der Weibehaltung der Naturalverpflegung das Wort geredet. Dann motiviert sich „Der Brotfabrikant“ in ganz überflüssiger Weise mit der Auflösung der Brüderlichkeit in Litzki und schwängt sich durch Wiebergabe folgender Sätze aus der gelben Zeitung zum Sprachrohr der Meistertreuen auf: „Nun fragen wir uns, wieviel Litz, Zug und Trug kann man aus solchen Bölen lesen? Ist es da nicht ganz begreiflich, wenn sich da unsere Kollegen überhöpseln lassen, wenn sie nicht ganz fest und vor allem genau unterrichtet sind?“ Doch damit hat Herr Schulte die Höhe seiner journalistischen Leistung noch nicht erklommen. Er macht zum Schluß diese gelben Verleumdungen gegen die Führer unserer Organisation zu seinen eigenen: „Ganz anders liegt es aber bei den Führern des sozialdemokratischen Verbandes. Diese haben selbst keine Existenz und gönnen sie auch andern nicht, sondern versuchen mit allen Mitteln das zu hintertreiben, um unsere Kollegen ins Proletariat zu ziehen. Wir haben aber doch schon tausendfach bewiesen, daß ein Kollege in einer Konsumbäckerei überhaupt, solange er dort arbeitet, nichts zu sagen hat, sondern nur Beiträge zu zahlen und im übrigen den Mund zu halten hat. Das ist nicht nur Bewor-

mung, sondern ausgesprochenes Sklaventum.“ Auf den chronischen Blödsinn, der in der gelben Zeitung serpiert wird, gehen wir prinzipiell nicht mehr ein, weil wir keine Lust haben, mit Zrennhäuslern Polemik zu pflegen; werden aber solche wissentlichen Unwahrheiten von der Unternehmerrpresse übernommen, dann betrachten wir es als unsere Pflicht, darauf zu verweisen. Herr Schulte, der schon wiederholt Gelegenheit hatte, mit Verbandesführern zu verkehren, äußerte sich lobend über unsere Organisation. Ein Grund zur Meinungsänderung bestand seitdem nicht. Warum werden dann solche hanebüchene Verleumdungen in die Welt gesetzt? Weht vielleicht seit der Verschmelzung aus Leipzig ein schärferer Wind und erfolgten von dort Aufträge, um unsern Verband nach dem System des Reichslügenverbandes zu bekämpfen? „Erkläret mir, Graf Derindur, diesen Zwiepsalt der Natur!“

Großindustrie.

Die Niesenfirma Gebr. Stollwerck A.-G., Cöln a. Rh., hat auch im vergangenen Jahre in ihrem Stammhause in Cöln a. Rh. ein vorzügliches Geschäft gemacht; denn es verbleibt am Schlusse des Geschäftsjahres 1911 nach Abschreibungen von M 372,318 (im Vorjahre M 360 639) ein verteilbarer Reingewinn von M 1 724 169 (M 1 574 298). Davon sollen M 1 230 000, und zwar 6 pzt., auf die Vorkzugsaktien und 9 pzt. auf die Stammaktien zur Verteilung kommen; der Gewinnanteil des Aufsichtsrates beträgt M 28 073 (M 22 996). Ferner werden M 80 000 für Gratifikationen an Beamte und für die Pensions- und Unterstützungsstellen bestimmt, wozu noch ein außerordentlicher Beitrag von M 50 000 an diese Klasse aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Aktiengesellschaft kommen soll. Die ordentlichen und außerordentlichen Rücklagen betragen M 210 489. Neu vorgetragen wurden M 210 489. Der Geschäftsgang 1912 wird als bisher zufriedenstellend bezeichnet.

Nach reichlichen Abschreibungen verbleiben also den Herren Aktionären circa 1¼ Millionen Mark zur Verteilung. Ist es nicht geradezu empörend, daß die Firma Stollwerck angesichts solcher Niesengewinne ihrem Personal zu einem großen Teil Löhne zahlt, die bei dem heutigen Stand der Lebensmittelpreise durchaus unzureichend sind? Außer einigen Auserwählten, die man gewissermaßen als Reklamearbeiter braucht, und deshalb reichlich entlohnt, zahlt man der großen Masse soviel, daß sie sich dürftig erhalten kann. Und einem wesentlichen Teil noch nicht einmal soviel! Zehntausende Arbeiter und Arbeiterinnen werden noch mit einem Lohne von M 7 und M 8 pro Woche nach Hause geschickt und sind natürlich nicht in der Lage, sich damit selbst zu erhalten, sondern liegen ihren Angehörigen zur Last!

Um trotzdem nach außen zu prunken und den Anschein zu erwecken, die Firma sorge treu für das Wohl ihrer Arbeiter, vermacht sie sogen. Wohlfahrts-Einrichtungen größere Summen. Nur kommen diese Einrichtungen auch bloß einem beschränkten Kreis der Beschäftigten zugute, und wer der „Wohltaten“ teilhaftig werden will, muß obendrein in und außer dem Betriebe mit einem Maulkorb herumlaufen. Es wird hohe Zeit, daß sich die Gesamtarbeiterschaft durch die Firma Stollwerck endlich etwas mehr ermannet und durch die Kraft gemeinsamen Zusammenschlusses in einer starken Organisation sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpft!

Aus gegnerischen Organisationen.

Allelei Heiteres aus dem gelben Lager. Die gelben Strategen bereiten uns gelegentlich einige heitere Stunden über Vorgänge, die sich hinter den Kulissen abspielen. Der „Präsident“ hat mit seinen gelehrigen Böglingen furchtbar Pech. Kaum daß sie flügge sind, pfeifen sie auf die präsidiale Autorität und geben ihre eigenen Wege. Im Vorjahre konnten wir über eine Redeschlacht Dremik contra „Präsident“ berichten. Die Wahrheiten, die letzterem dabei von seinem ehemaligen Schüler an den Kopf geworfen wurden, sind heute noch nicht vergessen. Dremik sagte damals in einer öffentlichen Versammlung zu Homburg v. d. S. unter anderm folgendes:

Der gelbe Bund sei nur ein Vergnügungsverein; der Bund mit seinen Einrichtungen sei ein Schwindel; Unterstützungen würden keine gezahlt. Der Bund sei ein Nachwerk der Bäckerinnungen und würde von diesen unterhalten und reichlich mit Geldmitteln unterstützt. Die Beiträge würden von den meisten Bundesmitgliedern nicht bezahlt.

Die Fachzeitung „Deutscher Bäcker- und Konditorgehilfe“, die abonniert werden müsse, werde umsonst geliefert, da keine Abonnenten da seien oder von den Innungen bezahlt und dann den Gesellen zugestellt. Der Bund habe nur wenig Mitglieder, aber alles, was mal im Bunde oder in den Versammlungen gesehen sei, werde dazugezählt. Die Tarife, die bisher von den Gelben abgeschlossen wurden, sind nur durch die Kämpfe des Zentralverbandes zustande gekommen. Auch könne ja der Bund niemals etwas machen, da er von den Meistern unterstützt werde und abhängig ist. Es sei dem Bunde gar nicht ernst, für die Sonntagsruhe und das Backverbot einzutreten. Auf dem Bundestag in Sachsen habe es Wischnöbski mit den Obermeistern fertig gebracht, daß die Gesellenvertreter eine Resolution annahmen, worin sie auf die Sonntagsruhe für alle Zeiten verzichteten. In Mecklenburg sei auf Wunsch der Obermeister und Bundesleitung eine Resolution angenommen worden, in welcher auf den freien Tag und auf die Sonntagsruhe verzichtet und als Ersatz hierfür ein Tag Ferien gegeben wird. Die Bundeszeitung gehöre nicht dem Bunde. Er habe nicht das Geld aufbringen können, die Zeitung sei total verschuldet und gehöre den Gläubigern. Wischnöbski sei als Inseratensammler angestellt und erhalten 25 pzt. von den Einnahmen aus den Inseraten; er schlude das meiste. Auch habe er sonst noch recht fette Pfünden und Ein-

nahmen. (Auf dem Danziger Bundestag wurde bekannt gegeben, daß Wischnöbski M 1000 jährlich erhält und M 2420 als Reisepfennig bezogen hat.)

Der „Präsident“ hat es bis heute noch nicht für notwendig befunden, dieser schweren Anschuldigung entgegenzutreten. Dafür erstanden ihm aber Helfer in den Person Kirchner-Frankfurt a. M. und Finger-Darmstadt. Die beiden Bäckermeister waren als Vertreter ihrer Innungen auf der gelben Tagung in Mainz. Finger erklärte dort: Im allgemeinen macht sich eine tiefe Enttäufung gegen Dremik bemerkbar wegen seines schnellen Gestinnungswechsels und seines Verrates. Vor allem beleuchtete Kirchner dessen Charakter und setzte dann hinzu: „In einem solchen Menschen muß auch der differenzteste Kollege sein Vertrauen verlieren und für die Innung Frankfurt a. M. sowie für den Zweigverband existiere ein Dremik nicht; der ist vollständig abgewirtschaftet!“ So erzählte der freimütige Stadtverordnete und Bäckermeister am zweiten Osterfeiertag. Am Ostermontag dagegen fungierte dieser vielseitige Herr als Preisrichter bei einer von Dremik arrangierten Gebäckausstellung in Frankfurt a. M. Herr Kirchner hat also innerhalb 24 Stunden das Vertrauen zu seinem Schützling vollständig verloren.

Nun waren aber die Führer der Kirche als Parteigenossen Kirchners mit der Gestinnungsänderung nicht einverstanden. In Nr. 10 der gelben Zeitung können nachstehende „Berichtigung“ lesen:

Ich habe lediglich Herrn Parteisekretär Balzer gegen die vorgebrachten schweren Anschuldigungen in Schutz genommen und dabei betont, daß Herr B. ein Ehrenmann sei, welcher sich keine derartigen Anschuldigungen werde zuschulden kommen lassen. Allerdings sei Herr Dremik für uns abgetan, wenn er sich durch den ihm vorgeworfenen Verrat usw. das Vertrauen in weitesten Kreisen verschert habe.

Mit den Tendenzen der fortschrittlichen Volkspartei resp. den kirchlich-dunkleren Gewerksvereinen habe meine Ausführungen hingegen nicht zu tun.

Ich bitte um gefl. Bestätigung dieses Schreibens und begrüße Sie

Hochachtungsvoll
Karl Kirchner, Bäckermeister.

Wir haben auch dagegen nichts einzuwenden, wenn der Volksparteiler Kirchner seinen Parteifreund Dremik fallen läßt und hochachtungsvoll den gelben Präsidenten begrüßt.

Kaum war im Maingau Dremik wieder erst, begann es im Zweigbunde „Norden“ zu kriseln. Hier gründete Bremser einen Nationalen Handwerksgehilfenverein, dem außer den Bäckern Gärtner, Friseur, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Müller, Brauer, Schlachter und Zimmerer angehören sollten. Bremser ist von dieser gelben Vereinigung als Redakteur angestellt für das Blättchen „Deutscher Handwerksgehilfe“. Natürlich speit der „Präsident“ Gift und Galle auf seinen Schüler, weil so seine Zeitung aus Hamburg verschwinden muß und durch den Anschluß seine Betreuen an das Bremser Verbändchen mit Recht die Verführung besteht, daß sie ganz vom gelben Bunde abfallen werden. Auf dem Zweigbundestag in Husum kam auch diese Abpflückerung zum Austrag. Bremser vertat bei der Meinung, es komme ihm vor, als stände er im Gericht, und Wendeler, der wegen seines Protestes gegen den Anschluß der gelben Ortsgruppe zu dem nationalen Verband ausgeschlossen wurde, habe nur das Recht, sich auf dem Hauptbundestag zu beschweren. An dem Anschluß kann nichts mehr geändert werden. Wendeler dagegen kann sich niemals mit den Tendenzen dieser neuen gelben Organisation einverstanden erklären, weil gesagt wurde, der Zusammenschluß solle dazu dienen, um auch Forderungen bei den Unternehmern durchzudrücken. Da Bremser besoldeter Vorsitzender dieses gelben Verbändchens sei, habe er persönliches Interesse daran, daß die gelben Bäcker dieser Vereinigung angehören. Die Zufumer Komödie endete mit einer Erklärung Bremers: „Der Bäckergesellenverein „Germania“ bleibt nach wie vor im Bunde und werde weiter treu für den Bunde arbeiten.“

Wie lange wird der faule Friede dauern? Bremser als neugebackener Redakteur hat sicher keine Ursache, den neuen gelben Vereinigung den Rücken zu kehren, er hat ja dort seine Poststelle. Und solange sein Einfluß bei den gelben Bäckern anhält, wird er alles aufbieten, daß die Beiträge des „Germania“-Vereins in Hamburg bleiben und nicht nach Berlin abgeliefert werden. So bröckelt ein „Hochburg“ um die andere vom gelben Bunde ab. Dem „Präsidenten“ mag es schmerzlich berühren, wenn er seinen abgestandenen Kohl auch in Hamburg nicht mehr an den Mann bringt. Es mußte so kommen, daß sich auch die irrgeführten Gesellen wieder allmählich auf ihre Menschenrechte besinnen und die gelbe Schlammflut zurückgeht.

Polizei und Gerichte.

Wegen Vergehens gegen § 175, 3 wurde am 24. Mai in Schweidnitz vor der Strafkammer unter Aufsicht der Deffentlichkeit gegen den 26 Jahre alten Bäckermeister Paul Krause aus Bockau (Kreis Striegau) verhandelt. Die Verhandlung ergab, daß Krause sich in drei Fällen an einem zwölfjährigen Mädchen in schwerer Weise sittlich vergangen hatte. Mit Rücksicht auf die Schwere des Vergehens wurden dem Angeklagten mildernde Umstände verfast und gegen ihn auf eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und 3 Jahren Ehrverlust erkannt.

Internationales.

Aussperrung in Schweden!

Wie uns ein Telegramm kurz vor Redaktionsschluss meldet, haben die schwedischen Arbeitgeber die Aussperrung unserer Kollegenchaft verfügt! Damit ist die Bewegung unserer dortigen Arbeitsbrüder in ein neues Stadium getreten, die es allen Berufsangehörigen an-

oppelten Pflicht macht, jeglichen Zuzug von Bäckern und Konditoren nach Schweden streng fernzuhalten! Über den Stand des Kampfes werden wir in nächster Nummer ausführlicher berichten können.

Die Gehilfenwahlen der Bäcker in Wien.

Die am 21. Mai 1912 stattgefundenen Gehilfenwahlen ergaben einen glänzenden Sieg der organisierten Bäckerarbeiter. Trotzdem die Christlichgelben es während des Wahlkampfes an Verleumdungen und Verdächtigungen nicht fehlen ließen, konnten diese kalten Brüder nicht mehr als 448 Stimmen auf sich vereinigen, während die Kandidaten der organisierten Arbeiter 2164 Stimmen auf sich vereinigten. Bedeutungsvoller wird der Sieg durch die Tatsache, daß die kalten Brüder kein Mittel unversucht ließen, in die Reihen der Bäckerarbeiter Unreinigkeit und Zwietracht zu säen. Den auf friedlichem Wege abgeschlossenen Kollektivvertrag, der einen bedeutenden Erfolg in sich birgt, versuchten sie in das Gegenteil umzulügen. Schon während der Verhandlungen ließen sie alle Minen springen, dieselben zum Scheitern zu bringen, um im Falle eines allgemeinen Streiks den kämpfenden Bäckerarbeitern in den Rücken fallen zu können. Und als dieses Gelichter schließlich sah, daß ihre Anstrengungen nichts halfen, griffen sie zu dem allerverwerflichsten Mittel. Am Wahltage selbst ließen sie in den Bäckereien ein anonymes Flugblatt verbreiten, in dem sie in der gemeinsten und schuftigsten Weise unter dem Deckmantel der Anonymität den verstorbenen Genossen Silberer aufs neue der Defraudation beschuldigten. Doch damit nicht genug, sie beschuldigten auch die übrigen Funktionäre der Organisation und des Gehilfenausschusses des Diebstahls und der Unterschlagung und Fluchtvorbereitung des Silberer. Doch all diesen in echt jesuitischer Weise verübten Gemeinheiten spotteten die Wiener Bäckerarbeiter und gaben dieser Bande, mit dem Stimmzettel in der Hand, die einzig richtige Antwort auf ihre Schurkereien. Nicht weniger als 83 pZt. aller abgegebenen Stimmen entfielen auf die von der Organisation aufgestellte Liste, dagegen auf die Liste der Streikbrecherkandidaten bloß 17 pZt. entfielen; die übrigen Stimmen waren zersplittert. Bemerkenswert muß werden, daß für die Liste der „Gelben“ auch die vereinigten Deutsch- und Tschechischnationalen stimmten. Ueber die Wahl selbst wäre zu berichten, daß dieselbe in der „Volkshalle“ des neuen Wiener Rathhauses in zehn Sektionen vorgenommen wurde. Die Christlichgelben hatten ihre früheren so schmerzlichen Niederlagen immer dem Umstände zugeschrieben, daß die Wahlen in den Arbeiterheimen, die sie die roten Kämpfer nennen, vorgenommen wurden. Nun konnten diese Hyänen des wirtschaftlichen Kampffeldes von ihnen so heiß ersehnten Sieg auch diesmal nicht erringen. Sie trösteten sich damit, daß es ihnen am nächstenmal ganz sicher — wieder nicht gelingen werde. Als sie bei Verkündigung des Wahlergebnisses erfahren mußten, daß sie auch diesmal eine wohlverdiente und blamable Niederlage erlitten hatten, zogen sie wie begossene Hunde mit eingezogenem Schweif kopfschüttelnd ab. Es war ihnen gar nicht erklärlich, daß auch die niedrigsten und gemeinsten Verleumdungen nicht in stande sein sollten, ihre arbeiterfeindlichen Ziele zu fördern. Wohl versuchten sie mit allen erdenklichen Mitteln, eine möglichst große Anzahl von Stimmen auf sich zu vereinen. Es mußte zum Beispiel eine große Anzahl von „Christen“ der Behörde wegen Wahlschwindels übergeben werden. So endete denn auch dieser von der Meisterschaft auf das tatkräftigste unterstützte Feldzug zur Vernichtung der sozialdemokratisch-organisierten Bäckerarbeiter mit einer vernichtenden Niederlage des gelben Gelichters. Die klassenbewußten Bäckerarbeiter Wiens aber werden aus diesen Wahlen die Lehre ziehen, daß auf dem von ihnen eingeschlagenen Wege sie fortzufahren haben bis zum endlichen Siege. Die Bäckerarbeiter Wiens werden fortfahren in der Aufklärungsarbeit, sie werden auch in Zukunft tätig sein im Interesse des um Verbesserung ihrer Existenzbedingungen kämpfenden Proletariats trotz aller Verleumdungen und Verdächtigungen dieses gelben Natterngezüchts. Sie werden fortfahren im Kampfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung bis zur endlichen Befreiung der Bäckerarbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus bis zur Erringung menschenwürdiger Arbeits- und Lohnverhältnisse. R. P.

Ueber die Bewegung für Abschaffung der Nachtarbeit in Holland.

Die gesetzliche Abschaffung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe, wofür die Organisation in Holland eine mehr als fünfundzwanzigjährige Agitation geführt hat, ist jetzt weitergefordert als je. Zu Anfang des Jahres 1910 wurde vom Minister für Handel und Gewerbe, Herrn Talma, ein Gesetzesentwurf unterbreitet, der im Herbst 1910 das Parlament (Zweite Kammer) erreichte. Der Entwurf fand aber bei den Parteien im Parlament wenig Beifall. Für die bürgerlichen und christlichen Konservativen ging er zu weit, für die Fortschrittler und Sozialdemokraten blieb er zu weit zurück von demjenigen, was man erwartet hatte. Nach tagelangen Debatten wurde auf Antrag des Abgeordneten Troelstra der Minister Talma angegangen, den Gesetzesentwurf zurückzunehmen und so zu revidieren, daß außer Abschaffung der Nachtarbeit auch die Arbeitsdauer der Gehilfen reguliert werde. Inzwischen wurde von den Großfabrikanten eine starke Agitation wider den Entwurf eingeleitet und auch die kleineren Bäckermeister, zuvor große Verteidiger des Gesetzes, hatten sich zurückgezogen, hauptsächlich deshalb, weil nun auch die Arbeitsdauer festgelegt werden sollte; denn davon wollten die Herren nichts wissen! Der Abschaffung der Nachtarbeit waren sie geneigt, weil sie dadurch auf größere Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Fabrikanten und Korporationen

hofften. Aber als auch die Ausbeutung der Gehilfen eingeschränkt werden sollte, schrien die Herren von „Freiheitsberaubung“, „Untergang des Gewerbes“ usw. Aber die Gehilfenorganisation wehrte sich tüchtig ihrer Gegner. Ihr Standpunkt war: Lieber keine Abschaffung der Nachtarbeit, wenn nicht gleichzeitig Regulierung der Arbeitsdauer erfolgt! Die christliche Organisation wollte sich zwar mit der Abschaffung der Nachtarbeit zufriedengeben, aber die kraftvolle Agitation der modernen Organisation, die die Unterstützung der allgemeinen organisierten Arbeiterschaft fand, veranlaßten auch jene schließlich, für die Arbeitsdauerregulierung einzutreten. Inzwischen wurde von dem Minister eine Untersuchung über die Zustände im Gewerbe angestellt (die Resultate sind bereits veröffentlicht) und ein neugestalteter Entwurf wurde vorgelegt. Mit ihm wurde aber im Parlament in der schimpflichsten Weise verfahren, indem die christliche Majorität jedesmal die schnelle Erledigung hinderte. „Zuerst der Schutz der Hunde und Vögel, dann der der Menschen“, war ihre Parole! Noch in den letzten Wochen wurde erst lange über ein Panzerschiff verhandelt, bevor man mit dem „Bäckergesetz“ einen Anfang machte. Durch wiederholte Proteste der kleinen sozialistischen Fraktion und der kräftigen Agitation außerhalb des Parlaments ist es endlich gelungen, den Entwurf auf die Tagesordnung zu bringen. Vom 8. bis 14. Mai wurde über denselben in erster Lesung verhandelt. Der Entwurf verbietet die Sonntags- und Nachtarbeit in Brotbäckereien für Gehilfen und Meister von abends 8 respektive 9 Uhr bis morgens 4 respektive 5 Uhr. Das Backen von Zwieback und Zuckerwerk ist allerdings zulässig, wodurch sich wiederum große Schwierigkeiten einstellen werden. Für Bäckereibetriebe ohne Gehilfen kann von dem Minister das Verbot in besonderen Fällen aufgehoben werden, zum Beispiel in Dörfern oder entlegenen Gegenden. Von einem zehnstündigen Arbeitstag wollte das Parlament aber nichts wissen. Der ganze Tag von morgens 4 oder 5 Uhr bis abends 8 oder 9 Uhr steht dem Meister also zur Verfügung. Er kann den Arbeiter morgens früh anretren lassen und bis zur letzten Stunde beschäftigen. Er ist nur verpflichtet, den Tag zu teilen und eine solche Mittagspause zu gewähren, daß während des Tages nicht länger als elf Stunden gearbeitet wird. Ist der Arbeitstag nicht länger als zwölf Stunden, zum Beispiel von 5 bis 5 Uhr oder von 9 bis 9 Uhr, dann kann die Pause sogar gänzlich in Wegfall kommen. Am Samstag oder an den Tagen vor Ostern, Pfingsten usw. ist sogar eine sechszehnstündige Arbeitszeit gewährt worden. Wir werden später noch einmal auf das Gesetz zurückkommen. Mit dieser ersten Verhandlung im Parlament ist die Nachtsklaverei für die holländischen Kollegen allerdings noch nicht abgeschafft; denn nach Pfingsten wird erst die letzte Abstimmung stattfinden, und dann geht das Gesetz an den Senat (Erste Kammer). Das ist eine Versammlung von Geldprotzen und Reaktionären, und man vermutet, daß die Feinde jedes guten Arbeitergesetzes sogar dieses zwitterartige „Bäckergesetz“ ablehnen werden. Aber der holländische Verband wird mit großer Energie den Kampf für die Interessen der Bäckereiarbeiter weiterführen. B. Roeg.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Bojkott über die „Deutschland“-Fahrräder der Fahrradwerke von August Stufenbruf in Einbek ist von den organisierten Arbeitern beschlossen worden. Die Firma ist auch noch an den „Lyr“-Fahrradwerken in Pönglau und an den Fahrradwerken Hans Hartmann, A.-G., in Eifenach („Superior“) stark beteiligt, und sollen diese Marken ebenso wie die „Deutschland“-räder behandelt werden. Der Bojkott wurde verhängt, weil die Firma, als der Transportarbeiterverband eine Lohnforderung einreichte, zunächst jede Verhandlung mit der Organisation ablehnte. Jeder Arbeiter wurde aber außerdem im Kontor aufgefordert, aus der Organisation auszutreten oder den Betrieb zu verlassen. Der Geschäftsführer erklärte weiter: „Die Arbeiter und die Organisation können machen, was sie wollen, wir sind gerüstet — wir wollen den Kampf! Wir sind noch Herren im Hause und wollen uns das auch nicht nehmen lassen.“ In drei Fällen waren übrigens die Leiter der Organisation bereits gemäßigelt. Bei einem solchen prokrastin Verhalten ist es kein Wunder, daß die Arbeitererschaft zu dem Mittel des Bojkotts gegriffen hat und wir sind überzeugt, daß dieser überall auch auf das strengste befolgt werden wird!

Der Bauarbeiterverband im Jahre 1911. Die beiden verschmolzenen Verbände (Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter) hatten am Schlusse des Jahres 1910 241 848 Mitglieder, 1911 aber 295 688. Außerordentlich groß ist die Zahl jener Leute, die sich in den Verband aufnehmen ließen, die ihm aber noch vor Ablauf des Jahres wieder verloren gingen, wobei allerdings zu beachten ist, daß auch von ihnen jetzt noch ein großer Teil in andern Verbänden organisiert sein dürfte. Da im Sommer arbeitslose Arbeiter aller Berufe im Baugewerbe Arbeit suchen und bei dieser Gelegenheit, soweit sie noch nicht organisiert sind, meistens der Organisation zugeführt werden, so kommt die organisatorische Tätigkeit der Bauarbeiter in hohem Grade auch andern Verbänden zugute; denn wenn die vorübergehend im Baugewerbe Beschäftigten wieder in ihre eigentlichen Berufe zurückkehren, dürfte der größte Teil von ihnen der Organisation ihres Berufes weiter angehören. Sehr erfreulich ist auch die finanzielle Stärkung des Bauarbeiterverbandes. Sein Gesamtvermögen ist von rund 6¼ Millionen auf rund 10¼ Millionen Mark angewachsen, was anderthalb Jahre nach der großen Aussperrung schon etwas bedeuten will. Auf Rechnung der Hauptkasse wurden ausgegeben für Streiks und Ausperrungen M 261 111. Bemerkenswert sei noch, daß „Der Grundstein“ schon

wieder von einer erheblichen Steigerung der Mitgliederzahl berichten kann. Da die Bauarbeiter im allgemeinen ein Jahr mit guter Konjunktur vor sich haben, so ist zu hoffen, daß die Organisation auch in diesem Jahre gute Fortschritte machen wird, so daß sie dem Unternehmertum im nächsten Jahre beim Ablauf des Vertrages in jeder Beziehung gerüstet gegenübersteht.

Der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter im Jahre 1911. Mit 7190 weiblichen und 9775 männlichen, zusammen 16 965 Mitgliedern, schloß der Verband das letzte Jahr ab. An der noch immer großen Fluktuation sind vorwiegend die Arbeiterinnen beteiligt, und zwar mit 5770 Ein- und 5029 Austritten. Die Ursachen hierfür liegen in dem häufigen Berufswechsel der Arbeiterinnen in jenen Orten, wo andere Industrien mit ihren Konjunkturschwankungen zeitweise aus andern Berufen Arbeitskräfte auffangen und später wieder abstoßen. Der Massenbestand betrug am 31. März 1912 M 57 933. Unter den Ausgaben nimmt die Summe von M 222 093, die für Streikunterstützung verausgabt wurde, die erste Stelle ein. Die abnorm hohen Ausgaben für Streikunterstützung wurden durch den achtzehntägigen Streik und die Aussperrung im Steindruckgewerbe verursacht, an dem 2060 Mitglieder beteiligt waren. Außerdem wurde an die nach der Beendigung der Bewegung arbeitslos gebliebenen Mitglieder die Summe von M 15 611 als außerordentliche Unterstützung bezahlt. Wenn auch der Massenbestand des Verbandes gegen das Vorjahr (er betrug damals M 143 876) bedeutend zurückgegangen ist, so beweisen die angeführten Zahlen jedoch, daß die Organisation der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen selbst so großen Bewegungen, wie der im Steindruckgewerbe nicht machtlos gegenübersteht. Die ausgegebenen Unterstützungssummen aber liefern einen neuen Beweis für die Leistungsfähigkeit der freien Gewerkschaften.

Allgemeine Rundschau.

Brot aus der Wikingerzeit. Der Dozent an der Stockholmer Universität, Dr. Schittger, hat in Ljunga in Ostgotland kürzlich einen interessanten Fund gemacht. Es handelt sich um ein fast tausendjähriges Brot aus der Wikingerzeit. Die mikroskopische Untersuchung ergab, daß dieses Brot aus Fichtenrinde und Erbsenbutter hergestellt ist. Der Fund beweist also, daß die Erbsen in Schweden schon um die Zeit von 900 nach Christus angebaut worden sind. Bisher hat man nur sehr selten Reste von Broten aus dem Altertum gefunden; die wenigen Brote, die einerseits in Ägypten, andererseits in den Schweizer Pfahlbauten ausgegraben worden sind, haben daher ein besonderes archäologisches Interesse. In den Ländern des Nordens waren bisher nur ganz wenige Spuren gefunden; Dr. Schittger selbst hatte im Jahre 1908 bei der Ausgrabung einer alten Burg in Woberg ein Brot zutage gefördert, das mit Getreidemehl gebacken war und das bereits etwa aus dem vierten Jahrhundert vor Christus stammte.

Für die Arbeiterinnen.

Fabrikarbeiterinnen in Japan. Auch in Japan nimmt die Frauenarbeit stetig zu. Nach den letzten Berichten waren allein 700 000 Frauen beschäftigt. Aber dies sind nur zum kleineren Teil erwachsene Arbeiterinnen, den größten Prozentsatz stellen schulpflichtige Kinder. In den Fabriken des Tabakmonopols arbeiten Kinder unter vierzehn, ja sogar unter zehn Jahren. In der Streichholzindustrie werden nicht weniger als 20 pZt. Mädchen unter zehn Jahren beschäftigt. Die Unternehmer unterhalten ein Heer von Agenten, damit sie immer wieder neue Kinder-scharen finden, die sie ausbeuten können. Mit 15 bis 17 Jahren gehen die Kinder in die Dörfer zurück, weil sie schon vollständig verbraucht sind. Die Behandlung ist eine außerordentlich schlechte, die noch brutaler sein kann, weil diese Kinder alle in Fabrikräumen wohnen. Man kann sie deshalb strafen, indem man sie hungern läßt, auspeitscht oder in den Dunkelarrest sperrt. Die Werksführer haben auch das Recht, die Kinder auf andere Weise zu mißbrauchen, und die Moral dieser Menschen ist eine außerordentlich niedrige. Ueberstunden werden oft die halbe Nacht hindurch gemacht und auch am Sonntag wird gearbeitet. Einzelne Spinnerinnen arbeiten auch bei Nacht, und zwar bei der schlechtesten Beleuchtung. Trotzdem diese himmelschreienden Zustände herrschen, war es doch nicht möglich, irgendwelche Schutzgesetze im Parlament durchzubringen. Das Herrenhausmitglied Dr. Kuwada hat sich die größte Mühe gegeben, um wenigstens etwas zu erreichen, aber die Majorität stimmte gegen jedes Gesetz. Wenn wir die elenden Verhältnisse des japanischen Arbeiterinnen ansehen, dann sehen wir, wie es einmal auch bei uns in Europa war. Trotzdem nun heute die Verhältnisse bedeutend besser sind, gibt es noch immer Arbeiter, die sagen, die Organisation hat nichts genützt. Weil es in Japan keine Organisation gibt, deshalb haben wir noch diese fürchterlichen Zustände.

Genossenschaftliches.

Die Steuerleistungen der Konsumvereine und der andern Genossenschaften in Preußen 1910 und 1911. Die Behauptung, daß durch die Einführung des festen Rabatts die Steuersumme der Konsumvereine ungebührlich verringert wird, spielt bekanntlich unter den Argumenten der Mittelständler für die Einfügung der Ausnahmebestimmung in das preußische Einkommensteuergesetz, daß auch der feste Rabatt der Steuer zu unterwerfen sei, eine ganz besondere Rolle. Da ist es wichtig, einmal an Hand der amtlichen Zahlen diese Behauptungen auf ihren Sachverhalt zu prüfen. Den Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses ist nun eine vergleichende Uebersicht über die Ergebnisse der Einkommensteuerberechnung für 1910 und 1911 zugegangen. Danach hatten die steuerpflichtigen Genossenschaften (außer Konsumvereinen) im Jahre 1910

an Staats Einkommensteuer inklusive der Zuschläge M 848 894,40, im Jahre 1911 M 842,421,60 zu zahlen. Es ist hier also, obwohl die Zahl der steuerpflichtigen Genossenschaften von 926 auf 941 gestiegen ist, eine Verminderung der Steuerleistung zu verzeichnen, bei den Konsumvereinen jedoch, wo die Zahl der Vereine ebenfalls etwas gestiegen ist, von 919 auf 937, ist eine recht erhebliche Vermehrung zu konstatieren. Es stieg die veranlagte Steuer von M 414 373 auf M 436 349 und die zu erhebende Steuer (einschließlich der Zuschläge) von M 502 869,60 auf M 530 544,60. Das in Preußen steuerpflichtige Einkommen der andern Genossenschaften stieg von M 9 191 713 auf M 9 221 351, das der Konsumvereine von M 12 486 360 auf M 13 075 510. Angesichts dieser Zahlen kann man wirklich nicht mehr behaupten, daß dem Staate die Steuerquellen durch die Einführung des festen Nabatts ungebührlich beschritten werden.

Die Umsätze der Großverkaufsgesellschaften im Jahre 1911. Das „Internationale Genossenschaftsbulletin“ teilt jetzt die Umsätze von 17 Großverkaufsgesellschaften im verfloßenen Jahre mit. An der Spitze steht, wie üblich, die englische Großverkaufsgesellschaft, die einen Umsatz von 560 Millionen Mark erzielt hat. Der gesamte Umsatz der 17 Großverkaufsgesellschaften beträgt 994 Millionen Mark. Die englische Großverkaufsgesellschaft hat also einen größeren Umsatz als sämtliche andern zusammen. Auf die englische Großverkaufsgesellschaft folgt die schottische, allerdings mit ziemlich weitem Abstand. Ihr Umsatz belief sich auf 157 Millionen Mark. An dritter Stelle steht wieder die deutsche Großverkaufsgesellschaft mit einem Umsatz von rund 110 Millionen Mark. Von den andern Großverkaufsgesellschaften seien noch die dänische mit 55 Millionen Mark genannt und die schweizerische mit 25 1/2 Millionen Mark. Die Großverkaufsgesellschaften mit den großen Umsätzen, die englische und die schottische, die bereits seit vielen Jahren arbeiten, können natürlich nicht mehr mit großen relativen Zunahmen prunken; denn ihnen ist es unmöglich, Neuland zu erschließen. Aber auch die fünfprozentige Umsatzvermehrung der englischen Großverkaufsgesellschaft ergibt noch immer 26 1/2 Millionen Mark, das ist mehr als der Umsatz der Großverkaufsabteilung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine. Nicht erheblich ist die Umsatzvermehrung der deutschen Großverkaufsgesellschaft. 21 Millionen Mark hat sie im letzten Jahre mehr umgesetzt als im Vorjahre. Sie erreicht mit der absoluten Höhe ihrer Umsatzzunahme fast die englische Großverkaufsgesellschaft. Auch mit der relativen Höhe steht sie so ziemlich an der Spitze, wenn man von einigen Großverkaufsgesellschaften absteht, die noch im ersten Entwicklungsstadium sich befinden und ihre Umsätze deshalb rasch vermehren. Wenn die Entwicklung der deutschen Großverkaufsgesellschaft so weitergeht, wird sie bald an zweiter Stelle rangieren.

Die Hamburger „Produktion“ als Gutbesitzerin. Von Zeit zu Zeit kommt mehr oder minder dürftige Kunde aus England über die Erfahrung, die die englischen Konsumvereine mit eigenen landwirtschaftlichen Betrieben gemacht haben. Neuerdings hat nun auch ein deutscher Verein ein großes Gut erworben. Der Hamburger Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ hat in Mecklenburg das Erbpachtgut Schwandheide, das an der Bahnlinie Berlin-Hamburg liegt, erworben. Das Gut ist 1600 Morgen groß, vorzüglich arondiert und hat 1150 Morgen Acker, 350 Morgen Weiden und Wiesen, 70 Morgen Wald und 30 Morgen Moor. Gebaut werden Roggen, Hafer und Kartoffeln. Der Viehbestand umfaßt gegenwärtig 11 Pferde, 90 Rinder (einschließlich Jungvieh) und 100 Schafe (einschließlich Lämmer). Der Kaufpreis beträgt M 350 000. Außer dem Gut ist für M 56 000 eine Molkerei erworben worden, sie ist ganz neu eingerichtet. Für neun Jahre sind eine Reihe Landwirte durch Verträge zur Lieferung der Milch von 250 Kühen verpflichtet. Auf dem Hofe selbst wird die Haltung von Kühen ausgedehnt werden. Ferner ist noch die Möglichkeit gegeben, weitere Landwirte zur Milchlieferung zu bewegen. Die Bewirtschaftung des Gutes wird zunächst in der bisher üblichen Weise erfolgen, doch wird allmählich auf Milchproduktion und Schweinezucht und -mast besonderer Wert gelegt werden. 147 000 Liter Brennspiritus, die im Jahre auf dem Gute hergestellt werden können, müssen vorläufig noch an die Spirituszentrale geliefert werden, da die Verträge mit dieser natürlich auch für den Nachfolger des bisherigen Besitzers bindend sind. Später wird die „Produktion“ jedoch den Spiritus an ihre eigenen Mitglieder absetzen, die bereits jetzt 80 000 Liter Brennspiritus im Jahre verbrauchen. Das Ganze ist selbstverständlich ein Versuch; aber ein Versuch, der außerordentlich sorgfältig vorbereitet wurde, und von dem man nicht nur erhoffen, sondern auch erwarten darf, daß er für die Genossenschaftsbewegung von großer Bedeutung sein wird.

Fachtechnische Rundschau.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstraße 2. Abschritten billigt. Wenn ein Leser irgendwelche Auskünfte in Schutzangelegenheiten braucht, so wird er gebeten, das Patentbureau in Anspruch zu nehmen; es ist für ihn kostenlos. Angemeldet Patent: Nr. 2a. G. 35 113. Verfahren und Einrichtung zum Aufstreichen von Bröckchen und andern Wadwaren im Wadofen. Haagen & Rinow, Bremen. Ang. 18. 9. 11. Erteiltes Patent: Nr. 2c. 247 945. Verfahren zur Herstellung von figürlichen oder schriftlichen Bezeichnungen auf Nahrungs- und Genußmitteln. Joh. Schmidt, Oblatenfabrik, Nürnberg. Ang. 6. 4. 11. Gebrauchsmuster: Nr. 2a. 509 049. Für für Bad- und Konditoreiöfen. Heinz. Beder, Aachen. Angemeldet 27. 4. 12. — Nr. 2b. 509 072. Uebergiebgitter für Gebäc. Gg. Schircks, Hamburg Ang. 30. 4. 12. — Nr. 2b. 509 167. Cremechneidform. Wilh. Mint, Köln a. Rh. Ang. 11. 11. 11. — Nr. 34 f. 508 988. Torten- oder Kuchenplatte mit angezeichneter Einteilung für Kuchenstücke beliebiger Größe. Gebr. Schürmann, G. m. b. H., Elberfeld. An-

gemeldet 29. 4. 12. — Nr. 68 b. 509 048. Konservator für Portions-Speiseeis. G. Zietemann, Eberswalde. Angemeldet 26. 4. 12.

Angemeldet Patent: Nr. 2c. Nr. 7472-11. Verfahren zur Herstellung eines diastatischen Bädereihilfsmittels bezw. Gesehnährmittels. Franz X. Kleinpeter, Professor in Wien. Ang. 2. 9. 11.

Stachelbeereineinmachen zum Belegen und Garnieren von Torten und Königsberger. Die Früchte müssen in gleichmäßigem, frühreifem Zustand sein, und auch möglichst gleiche Größe ist wünschenswert. Zuerst werden die Blüten so weit abge schnitten, daß ein kleines Loch entsteht, etwa in der Größe eines Stecknadelpfops. Sollen Stachelbeeren recht klar und glänzen aussehen, so müssen sie der Länge nach halbiert und die Kerne mit einem an der Spitze rundgeschnittenen Holz entfernt werden; die Stiele werden nicht abge schnitten. Dann werden sie in einem kupfernen Kessel, in Wasser mit Zusatz von Salz und etwas Essig blanchiert und sobald sie weich genug sind sofort in kaltem Wasser abge schreckt. Die Früchte bleiben die erste Nacht in kaltem Wasser, dem wiederum Salz und etwas Essig zugesetzt wurde, im gleichen Kessel stehen. Am andern Tage wird das Wasser abgeseigt und ein dünner, etwa zwanziggradiger (nach Beauméwage berechnet) kalter Zucker übergegossen. Die Beeren dürfen jetzt nicht mehr ohne Zucker stehen. Am selben Tag abends gießt man, nachdem man den ersten Zucker hat ablaufen lassen, wiederum zwanziggradigen kalten Zucker über, den nächsten Zucker vierundzwanziggradig, den vierten siebenundzwanziggradig, dann einen von 29 bis 30 Grad und den sechsten von 32 Grad. Farbe wird keine zugegeben, da sich die Früchte bei dieser Behandlung von selber färben, wenn der Zucker bisher immer kalt aufgegossen wurde. Nur erst empfiehlt es sich, einen fünf- und dreißiggradigen Zucker heiß aufzugießen und dem letzten Zucker ein Drittel Sirup zuzugeben, in welcher Lösung man die Stachelbeeren einmal aufkochen läßt.

Grüne Bohnen zu demselben Zweck werden ganz genau so behandelt, nachdem die Bohnenkerne entfernt und die Schotenhälften in kleinen Bündeln mit Wast der Länge nach zusammengebunden worden sind.

Die Früchte werden in Steinguttopfen oder Glashäfen, mit Pergamentpapier zugebunden, im Keller aufbewahrt. O. W.

Literarisches.

Deutscher Kürschnerverband. Jahresbericht für 1911. 35 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband der Töpfer. Verwaltungsbericht des Zentralvorstandes für 1911. 22 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband der Steinarbeiter. Jahresbericht für 1910 und 1911. 246 Seiten. Selbstverlag.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen. Jahresbericht der Hauptverwaltung für das Jahr 1911. 189 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Bericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis 31. Dezember 1911. 478 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband der Glasarbeiter. Jahres- und Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes auf das Jahr 1911. 165 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband der Schmiede. Jahrbuch für 1911. 180 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband der Glaser. Protokoll über die Verhandlungen des 13. Verbandstages in Dresden. 108 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband der Lederarbeiter. Statistik über die Berufs-, Arbeits-, Lohn- und Organisationsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Handschuhindustrie Deutschlands im Jahre 1911. Preis im Buchhandel M. 1. 97 Seiten. Selbstverlag.

Anzeigen.

Unsere werten Kollegen Fritz Neddermann nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung [M. 3] Zahlstelle Bochum.

Unsere Kollegen August Höhe und seiner lieben Braut Sophia Pommert die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung [M. 3,50] Mehrere Wiesbadener Kollegen.

Unsere Kollegen Alfred Krense nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! [M. 3] Zahlstelle Rudolstadt.

Offenbach a. M. Allen Verbandsmitgliedern und Kollegen zur Nachricht, daß ich Dickenbacher Straße 2 eine Wirtschaft eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, meinen Gästen stets das Beste zu bieten. [M. 4] Zu zahlreichem Besuche laden freundlichst ein hochachtungsvoll Gottlob Keller und Fran.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, L. 1. gegenüber dem Verbandslokal.

Zürich (Schweiz) Bäckerei Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthof zum hinteren Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckerarbeitern bestens. Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. A. Kohler [M. 4]

Müdingener Bäcker und Konditorgehilfen beden ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 10

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlin, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle. Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung ab guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr. Nach dem Unterricht: Gesellschaftsstunde. Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten. Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 17.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen (Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 9. Juni: Bergedorf: 8 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstr. — Vernburg: 3 Uhr, Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — Bremerhaven: 3 Uhr im „Bayerischen Hof“, Lange Straße. — Crammichau: 2 Uhr in der Zentralherberge. — Offen a. d. N.: Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Bürgerhalle“, Rottstr. 29. — Halberstadt: — Hagen-Schwern: Vorm. 10 Uhr bei Schürhof, Hagen, Hochstraße. — Perleberg: Vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kurfürststr. — Jena: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Jülich: Vorm. 10 Uhr in Stückerbach, Hotel „Zur Lanne“. — Müns (Niederrhein): Vorm. 10 Uhr, „Stadt Crefeld“, Neustraße. — Neuh.: Vorm. 11 Uhr bei Heinrich Reimer, Furtter Straße 110. — Oldenburg: 3 1/2 Uhr bei Beckh, Kurvstr. 28. — Plauen i. V.: 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“. — Remscheid: Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. — Saarbrücken: 3 Uhr im „Tivoli“, Gerberstr. 26. — Sonneberg: 3 Uhr bei Döbner, Rothenbeck, Köppelsdorfer Straße. — Weiden: 1 Uhr, „Sonne“. — Wittenberg (Salle): Vorm. 10 Uhr, „Eintigkeit“, Töpferstr. 1. — Wolfenbüttel: 4 Uhr bei Fischerstraße.

Dienstag, 11. Juni: Darmstadt: Im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. — Eisenach: 4 Uhr, „Zur Loreley“. — Fürth i. V.: 5 Uhr bei Simader, Gartenstr. 1. — Halle a. d. S. (Bäcker): 3 1/2 Uhr, Kleine Klausstr. 7. — Hamburg-Altona (Konditoren- und Backgehilfen): 8 1/2 Uhr bei Koop, Rother Wilhelm-Strasse 77. — Heidelberg: 3 Uhr, „Zum goldenen Römer“, Hauptstr. 41. — Regensburg: 2 Uhr, „Zur Schillerlinde“, Glockengasse B 31.

Mittwoch, 12. Juni: Augsburg: 4 Uhr, „Zur Wacht am Rhein“, Jesuitenstr. — Hamburg-Altona (Seefahrende): 8 Uhr bei W. St. Pauli, Silberstr. 15. — Gomburg v. d. S.: 8 Uhr, „Zur neuen Brücke“. — Straßburg i. Elz. (Bäcker): 3 Uhr, „Zur Laterne“, Langstraße. — Striegau i. Schl.: 4 Uhr, „Zum Fürsten Bismarck“. — Waldenburg i. Schl.: 4 Uhr, „Zur Sandmühle“, Auenstraße.

Donnerstag, 13. Juni: Altenburg: 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Altona: 1 1/2 Uhr, „Alten“, Georgenstraße. — Cassel: 3 Uhr im neuen Gewerkschaftshaus, „Kleiner Stadtpark“, Ober Karlstr. 13. — Erfurt: 3 Uhr, „Zum König von Preußen“, Futterstr. 9. — Erlangen: „Zum goldenen Foch“, Glockenstr. — Gotha: 3 Uhr im Volkshaus „Zum Mohren“. — Kaiserlautern: 4 Uhr, „Zur Burg“, Steinstraße 20. — Ludwigshafen: 2 1/2 Uhr, „Zum schwarzen Walfisch“. — Metz: 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Dauterstraße. — Schnebeck: Im „Bürgerhaus“, Breiter Weg. — Schwerin: 6 Uhr, „Thalia“, Graf Schack-Strasse. — Würzburg: 3 Uhr, „Zum goldenen Hahn“.

Freitag, 14. Juni: Braunschweig (Bäcker): 3 1/2 Uhr im „Fürstentum“, Stobenstraße. — Halle a. d. S. (Fabrikbranche): 8 1/2 Uhr, Kleine Klausstr. 7.

Sonntag, 15. Juni: Elberfeld: 8 Uhr im Volkshaus. — Iferlohn: 8 Uhr bei Ludwig Hahn, Schillerplatz. — London: 2 Uhr, Public House „King and Queen“, Foley Street, Ecke Cleveland Street, London W.

Sonntag, 16. Juni: Köln a. Rh.: Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Severinstraße 199. — Dessau: 3 Uhr im „Tivoli“, Amalienstr. 1. — Gelsenkirchen: 2 Uhr im Volkshaus, Kaiserstr. 65. — Gießen (Bäcker): 2 Uhr, „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 87. — Landshut: Vorm. 9 1/2 Uhr im „Hofbräu“, Neustadt 44. — Neunkirchen: Im Gasthof „Zu den drei Kaminen“, Oberer Markt. — Stadthagen: 4 Uhr bei Wedderhagen, Schternstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Behnhof 67. — Verlag von D. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.